

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT  
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

**MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**

D. 2009 — 3590

[2009/203941]

**14. MAI 2009 — Erlass der Regierung über die Jugendhilfe und den Jugendschutz**

Auf Grund der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen;

Auf Grund von Artikel 39 Absatz 3, 43 und Artikel 49 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft;

Auf Grund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 über die institutionellen Reformen, insbesondere der Artikel 20 und 87 § 1;

Auf Grund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, insbesondere der Artikel 7 und 54 Absatz 1;

Auf Grund des Dekretes vom 8. Juni 1987 über die Erteilung einer Ermächtigung an die Mehrwertsteuer-, Registrierungs- und Domainenverwaltung, bestimmte vermögensrechtliche Geschäfte für die Deutschsprachige Gemeinschaft und die von ihr abhängigen Einrichtungen öffentlichen Interesses abzuwickeln;

Auf Grund des Dekretes vom 19. Mai 2008 über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen, insbesondere der Artikel 5, 6, 8, 15, 17, 22, 25, 26, 27, 31, 32 und 34;

Auf Grund des Erlasses der Regierung vom 20. Dezember 1995 zur Anerkennung und Bezuschussung von Personen und Einrichtungen zur Begleitung und Betreuung von Jugendlichen, abgeändert durch den Erlass vom 11. Februar 2003;

Auf Grund des Erlasses der Regierung vom 9. Januar 1998 über die Anerkennung, die Festlegung des Pflegegeldes und der Sonderzulagen für natürliche Personen bezüglich der Betreuung von untergebrachten Jugendlichen, abgeändert durch die Erlasse vom 23. Januar 2001 und vom 9. September 2003;

Auf Grund des Erlasses der Regierung vom 2. März 2001 über die Anerkennung und die Bezuschussung von juristischen Personen, die Jugendliche stationär oder ambulant betreuen;

Auf Grund des Erlasses der Regierung vom 23. August 2001 zur Festlegung des Sitzes und zur Ernennung der Mitglieder sowie des Präsidiums des Jugendhilferates, abgeändert durch die Erlasse vom 19. Mai 2003 und vom 26. April 2005;

Auf Grund des Erlasses der Regierung vom 20. Juni 2002 zur Bezeichnung der Dienstleiter des Jugendhilfedienstes und des Jugendgerichtsdienstes;

Auf Grund des Erlasses der Regierung vom 10 April 2003 zur Beteiligung der unterhaltspflichtigen Personen an den Kosten, die Unterbringungsmaßnahmen, die im Rahmen des Dekretes über die Jugendhilfe durchgeführt werden, betreffen;

Auf Grund der Beratung zwischen der föderalen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Anwendung von Artikel 6 § 3*bis*, Nr. 4, des Sondergesetzes vom 8. August 1980, der auf Grund von Artikel 5 § 1 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 auf die Deutschsprachige Gemeinschaft Anwendung findet;

Auf Grund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 9. Januar 2009;

Auf Grund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 29. Januar 2009;

Auf Grund des Gutachtens 46.084/3 des Staatsrates, das am 17. März 2009 in Anwendung von Artikel 84 Absatz 1 Nr. 1 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des Vize-Ministerpräsidenten, Minister für Ausbildung und Beschäftigung, Soziales und Tourismus; Nach Beratung,

Beschließt:

*KAPITEL I — Allgemeine Bestimmungen*

**Artikel 1 - Begriffsbestimmungen.**

Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Dekret: das Dekret vom 19. Mai 2008 über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen;
2. Qualitätshandbuch: das in Artikel 3 des Dekretes erwähnte Qualitätshandbuch;
3. Pflegschaft: die in Artikel 20 § 1, 3. des Dekretes beschriebene Betreuungsform;
4. Minister: der für die Jugendhilfe zuständige Minister der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
5. Dienstverantwortliche: die von der Regierung mit der Leitung des jeweiligen Dienstes beauftragte Person;
6. Personen: natürliche oder juristische Personen, die in Anwendung von Artikel 22 oder 29 des Dekretes anerkannt werden können;
7. Ministerium: Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
8. Fachabteilung: die im Ministerium für die Jugendhilfe zuständige Fachabteilung;
9. ÖSHZ: Öffentliches Sozialhilfezentrum;
10. Geschäftsführungsvertrag: die in Artikel 22 § 2 des Dekretes vorgesehene Vereinbarung;
11. Auftraggeber: der Jugendrichter, das Jugendgericht, der Prokurator des Königs oder der Jugendhilfedienst;
12. Gerichtsbehörde: der Jugendrichter, das Jugendgericht oder der Prokurator des Königs.

**Art. 2 - Begleitausschuss für die Jugendhilfe.**

Der Begleitausschuss für die Jugendhilfe, nachstehend Begleitausschuss genannt, setzt sich gemäß der in Artikel 5 § 1 Absatz 2 des Dekretes festgelegten Mindestbesetzung zusammen. Der Minister ernennt den in Artikel 3 vorliegenden Erlasses erwähnten Koordinator und die Mitglieder und Ersatzmitglieder gemäß Artikel 5 des Dekretes.

Die Mitglieder und Ersatzmitglieder des Begleitausschusses haben Anrecht auf eine Anwesenheitsentschädigung und auf eine Rückerstattung der Fahrtkosten gemäß der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft für beratende Gremien anwendbaren Regelung.

Der Begleitausschuss kann jede Person, die für die Umsetzung der Aufgabenstellung des Begleitausschusses nützlich ist, zu seinen Beratungen hinzuziehen. In Bezug auf Fahrtschädigung und auf Anwesenheitsentschädigung gelten für diese Personen die gleichen Regeln wie für die Mitglieder des Begleitausschusses.

Der Begleitausschuss versammelt sich mindestens vier Mal in einem Kalenderjahr.

**Art. 3 - Koordinator.**

Die in Artikel 5 des Dekretes erwähnte Fachkraft, nachstehend Koordinator genannt, hat folgende Aufgaben:

1. Einberufung des Begleitausschusses;
2. bei Bedarf Projektgruppen einsetzen;
3. Förderung des Informationsaustauschs zwischen Jugendhilfeforum, Begleitausschuss, dessen Projektgruppen, den in der Jugendhilfe tätigen Diensten und den verschiedenen Fachabteilungen des Ministeriums;
4. Erstellung eines Tätigkeitsberichtes des Begleitausschusses der jeweils vergangenen zwei Jahre sowie alle zwei Jahre die Erstellung einer Bedarfsanalyse gemäß Artikel 5 § 2 Nr. 2 des Dekretes. Die Berichterstattung und die Bedarfsanalyse erfolgt unter Einbeziehung der Mitglieder des Begleitausschusses.

**Art. 4 - Prävention.**

In Anwendung von Artikel 6 in fine des Dekretes kann der Minister auf Vorschlag Begleitausschusses eine anerkannte Organisation im Rahmen von besonderen Initiativen mit der Durchführung eines Präventionsprojektes beauftragen.

## KAPITEL II — *Freiwillige Jugendhilfe*

**Art. 5 - Qualitätshandbuch des Jugendhilfedienstes.**

Die Mitarbeiter des Jugendhilfedienstes arbeiten gemäß den im Qualitätshandbuch ihres Dienstes festgelegten Grundsätzen und Vorgaben.

**Art. 6 - Zuständigkeit des Jugendhilfedienstes.**

Der diensthabende Mitarbeiter überprüft, ob der Dienst in Anwendung des Dekretes für die Anfrage zuständig ist. Ist der Dienst nicht für die Anfrage zuständig, teilt der Mitarbeiter dem Antragsteller die Angaben der zuständigen Dienststelle mit.

**Art. 7 - Aufgaben des Jugendhilfedienstes.**

Die Mitarbeiter des Jugendhilfedienstes informieren, orientieren und beraten die anfragenden Personen und Dienste. Jede Situation muss im Hinblick auf eine mögliche Gefährdung des Jugendlichen hin geprüft werden. Ist eine Beratung oder Orientierung nicht ausreichend und sind die in Artikel 2 des Dekretes erwähnten Voraussetzungen erfüllt, interveniert der Jugendhilfedienst.

Bevor der Jugendhilfedienst einer anerkannten natürlichen oder juristischen Person im Rahmen eines Jugendhilfevertrages mit der Betreuung des Jugendlichen beauftragt, erstellt der Jugendhilfedienst eine Anamnese des Jugendlichen oder gibt eine solche Anamnese in Auftrag.

**Art. 8 - Jugendhilfevertrag.**

Der in Anwendung von Artikel 13 des Dekretes abgeschlossene Jugendhilfevertrag muss von dem Dienstverantwortlichen oder seinem Stellvertreter gegengezeichnet werden.

**Art. 9 - Hilfeplangespräch.**

Sechs Monate nach Unterzeichnung des Vertrags und anschließend alle sechs Monate findet ein Hilfeplangespräch mit den Betroffenen statt, unter der Leitung des mit dem Fall beauftragten Mitarbeiters. Bei Maßnahmen, die über die Dauer von drei Jahren hinausgehen, erfolgt das Hilfeplangespräch einmal jährlich, kann auf Anfrage einer der beteiligten Vertragsparteien jedoch auch früher erfolgen.

Bei Auslandsunterbringungen kann diese Aufgabe delegiert werden oder muss, wenn sie nicht delegiert wird, einmal im Jahr durch den Dienst ausgeführt werden.

Das Hilfeplangespräch dient dazu, die Umsetzung des vereinbarten Hilfeprogramms zu überprüfen und gegebenenfalls an neue Umständen und Entwicklungen anzupassen.

**Art. 10 - Vermittlung.**

Die in Artikel 16 § 1 des Dekretes beschriebene Anfrage auf Vermittlung muss schriftlich beim Dienstverantwortlichen oder direkt an den bezeichneten Vermittler eingereicht werden.

Außer in Fällen akuter Gefährdung haben die Parteien nach der schriftlichen Mitteilung bezüglich der Beendigung der Arbeit durch den Jugendhilfedienst fünf Arbeitstage Zeit, einen Anfrage auf Vermittlung zu stellen. Das Vermittlungsgespräch findet innerhalb von zehn Arbeitstagen ab Eingang der Anfrage beim Vermittler statt. Zu diesem Gespräch lädt der Vermittler den betroffenen Jugendlichen, seine Erziehungsberechtigten gemäß Artikel 13 § 3 des Dekretes und den im Jugendhilfedienst mit der Akte beauftragten Mitarbeiter ein. Der Vermittler übermittelt den Parteien innerhalb von fünf Arbeitstagen nach dem Vermittlungsgespräch einen Ergebnisbericht.

Der Vermittler wird vom Minister bezeichnet und muss von der föderalen Vermittlungskommission für die Vermittlung in Familienangelegenheiten anerkannt sein.

In Fällen akuter Gefährdung übermittelt der Dienstverantwortliche die Akte mit einer schriftlichen Begründung zur akuten Gefährdung unmittelbar dem Prokurator des Königs ohne die Möglichkeit der Wahrnehmung der in Absatz 1 beschriebenen Vermittlung.

**Art. 11 - Ende der Intervention.**

Die Intervention des Jugendhilfedienstes wird beendet, entweder:

1. durch Entscheidung des Dienstverantwortlichen;
2. oder sobald der Jugendrichter oder das Jugendgericht eine Maßnahme im Rahmen der gerichtlichen Jugendhilfe angeordnet hat, mit Ausnahme der in Artikel 16 § 2 des Dekretes beschriebenen Maßnahmen.

KAPITEL III — *Gerichtliche Jugendhilfe***Art. 12** - Qualitätshandbuch des Jugendgerichtsdienstes.

Die Mitarbeiter des Jugendgerichtsdienstes arbeiten gemäß den im Qualitätshandbuch ihres Dienstes festgelegten Grundsätzen und Vorgaben.

**Art. 13** - Aufgaben des Jugendgerichtsdienstes.

Der mit dem Fall beauftragte Mitarbeiter führt eine Sozialuntersuchung zur Analyse der Familiensituation und zur Erarbeitung von Handlungsempfehlungen durch. Nach Abschluss der Sozialuntersuchung erstellt der mit dem Fall beauftragte Mitarbeiter einen Sozialbericht für den Auftraggeber, der in Anwendung von Artikel 15 § 2 des Dekretes eine Anamnese des Jugendlichen umfasst.

**Art. 14** - Vertrag.

Zur Umsetzung einer Entscheidung der Gerichtsbehörde kann der Jugendgerichtsdienst einen Vertrag abschließen mit anerkannten natürlichen und juristischen Personen, die die erforderliche Maßnahme umsetzen sollen. In diesem Vertrag wird unter anderem die genaue Zielsetzung festgelegt. Eine Abschrift des Vertrags wird dem von der Maßnahme betroffenen Jugendlichen und dessen Erziehungsberechtigten, die gegebenenfalls den Vertrag gegenzeichnen, sowie der betroffenen Gerichtsbehörde zugestellt.

**Art. 15** - Bilanzgespräch.

Vier Monate nach der Urteilsverkündung beziehungsweise der Beschlussfassung und anschließend alle sechs Monate findet ein Bilanzgespräch mit den Betroffenen statt, unter der Leitung des mit dem Fall beauftragten Mitarbeiters.

Bei Maßnahmen, die über die Dauer von drei Jahren hinausgehen, erfolgt einmal jährlich ein Bilanzgespräch, kann jedoch auf Anfrage eines Betroffenen auch früher erfolgen. Das Bilanzgespräch dient dazu, die Umsetzung der Entscheidung des Jugendgerichts zu überprüfen und gegebenenfalls, neuen Umständen und Entwicklungen Rechnung tragend, der Gerichtsbehörde eine Abänderung der Entscheidung vorzuschlagen.

**Art. 16** - Begleitung durch den Jugendgerichtsdienst

Der Jugendgerichtsdienst kann im Rahmen der in Artikel 17 § 1 des Dekretes festgelegten Maßnahmen mit der die Begleitung der Erziehungsberechtigten des Jugendlichen beauftragt werden. Er führt diese Aufgabe unter Einbeziehung der Dienste, die den Jugendlichen betreuen, durch.

KAPITEL IV — *Jugendhilfe - und Jugendschutz- Maßnahmen***Art. 17** - Projekte.

In Anwendung von Artikel 17 § 1 4. des Dekretes kann die Regierung im Rahmen einer Konvention Projekte fördern, wenn es sich um innovative Angebote im Bereich der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes handelt, die einem nachgewiesenen Bedarf entsprechen.

Ein Jahr nach Beginn des Projektes reicht die verantwortliche Person eine Auswertung beim Minister ein. Der Minister entscheidet über die weitere Förderung des Projektes für maximal 3 zusätzliche Jahre. Nach Ablauf dieser Zeit kann nur noch eine Förderung in Anwendung von Artikel 22 des Dekretes erfolgen.

**Art. 18** - Aufsicht durch den Jugendgerichtsdienst.

In Anwendung von Artikel 17 § 1 5. des Dekretes besteht die Aufsicht des Jugendgerichtsdienstes darin, den Jugendlichen regelmäßig und mindestens einmal alle drei Monate aufzusuchen, um zu überprüfen, ob der Jugendliche sich im Hinblick auf die Ursache der Jugendgerichtsmaßnahme positiv entwickelt. Gegebenenfalls schlägt der Jugendgerichtsdienst dem Jugendrichter oder dem Jugendgericht eine zusätzliche Maßnahme vor.

Bei Auslandsunterbringungen kann diese Aufgabe delegiert werden oder muss, wenn sie nicht delegiert wird, einmal im Jahr durch den Dienst ausgeführt werden.

Sind zusätzliche Maßnahmen erforderlich, übermittelt der Jugendgerichtsdienst dem Jugendrichter einen Bericht, der eine angepasste Maßnahme vorschlägt.

**Art. 19** - Selbstständig wohnen.

In Anwendung von Artikel 17 § 1 9. des Dekretes beauftragt das Jugendgericht beziehungsweise der Jugendrichter eine anerkannte juristische oder natürliche Person mit der Beaufsichtigung des selbstständig wohnenden Jugendlichen.

**Art. 20** - Kooperation.

Die im Rahmen des Dekretes anerkannten Einrichtungen, Dienste oder Organisationen dürfen in Anwendung von Artikel 22 des Dekretes ohne vorherige Genehmigung des Ministers keinen Jugendlichen auf Beschluss einer Behörde, die ihren Sitz außerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat, aufnehmen.

Aufgrund eines spezifischen Hilfebedarfs kann ein Jugendlicher in einer anerkannten Einrichtung untergebracht werden, die nicht im Bereich der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes anerkannt ist. Die Unterbringungsmodalitäten werden in einer Konvention zwischen dem Minister und der verantwortlichen Person festgelegt. Mit dem Abschluss der Konvention gilt diese Person gemäß Artikel 22 des Dekretes als anerkannt.

Der Jugendhilfedienst, der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann entscheiden, einen durch die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in einem anderen als dem Bereich der Jugendhilfe und des Jugendschutzes bezuschussten Dienst mit der Betreuung eines Jugendlichen oder seiner Familie zu beauftragen.

KAPITEL V — *Pflegefamiliendienst.***Art. 21** - Qualitätshandbuch des Pflegefamiliendienstes.

Die Mitarbeiter des Pflegefamiliendienstes arbeiten gemäß den im Qualitätshandbuch ihres Dienstes festgelegten Grundsätzen und Vorgaben.

**Art. 22** - Vermittlung von Pflegschaftsfamilie.

Der Dienst vermittelt Pflegschaftsfamilien auf Anfrage des Jugendhilfedienstes, des Jugendgerichtsdienstes oder der Zentralen Behörde der Gemeinschaft für Adoption und betreut den Jugendlichen in der ausgewählten Familie.

Nach der Vermittlung eines Kindes in eine Pflegschaftsfamilie schließt der Dienst einen Betreuungsvertrag mit der ausgewählten Familie ab. In dem Vertrag werden die Rechte und Pflichten des Dienstes und der Pflegschaftsfamilie sowie ein Entwicklungsprogramm des Pflegekindes festgelegt. Das Entwicklungsprogramm kann alle 6 Monate angepasst werden. Der Dienst übermittelt der im ersten Absatz erwähnten auftraggebenden Behörde eine Abschrift des Vertrages und das Entwicklungsprogramm.

**Art. 23 - Auswahlverfahren.**

Der Pflegefamiliendienst organisiert einmal jährlich ein Vorbereitungsseminar für Kandidaten als Pflegefamilie. Das Seminar soll die Kandidaten auf eine mögliche Pflegefamilie vorbereiten und umfasst mindestens 25 Stunden. Vor Teilnahme an dem Seminar erfolgt mindestens ein Hausbesuch bei den Kandidaten durch einen Mitarbeiter des Pflegefamiliendienstes.

Nach Abschluss des Seminars findet für jeden Kandidaten, der dem Seminar gefolgt ist ein Bewerbungsgespräch mit einem Mitarbeiter des Pflegefamiliendienstes statt. Daraufhin übermittelt der Dienstverantwortliche dem Minister ein Gutachten und einen Vorschlag zur Anerkennung oder Ablehnung einer Anerkennung als Pflegefamilie. Der Minister entscheidet auf Grundlage des Gutachtens.

**Art. 24 - Bilanzgespräch.**

Der Dienst führt alle sechs Monate ein Bilanzgespräch mit der Pflegefamilie und gegebenenfalls mit dem Pflegekind zum Entwicklungsstand des Kindes und passt bei Bedarf das in Artikel 22 erwähnte Entwicklungsprogramm an.

**Art. 25 - Weiterbildung der Pflegefamilien.**

Der Dienst bietet den Pflegefamilien regelmäßig Weiterbildungen an, die den Pflegefamilien für die Erfüllung ihrer Aufgaben dienlich sind.

**Art. 26 - Begleitete Umgangsrechte mit dem Pflegekind.**

Der Dienst gewährleistet die Kontakte zwischen Pflegekind und Ursprungsfamilie im nach den durch den Richter oder im Jugendhilfevertrag festgelegten Vorgaben.

## KAPITEL VI — Vermittlungsdienst im Rahmen des Jugendschutzes

**Art. 27 - Qualitätshandbuch.**

Die Mitarbeiter des Vermittlungsdienstes arbeiten gemäß den im Qualitätshandbuch ihres Dienstes festgelegten Grundsätzen und Vorgaben.

**Art. 28 - Aufgaben des Vermittlungsdienstes.**

Der Mitarbeiter des Vermittlungsdienstes nimmt mit den betroffenen Personen Kontakt auf, um die Modalitäten der Vermittlung festzulegen und vergewissert sich während der gesamten Vermittlung, dass die daran teilnehmenden Personen der Vermittlung ausdrücklich und vorbehaltlos zustimmen. Er stellt dem Auftraggeber einen Bericht über den Verlauf der Vermittlung. Kommt es zu einer Einigung, erstellt der Mitarbeiter ein Vermittlungsprotokoll, das von allen Betroffenen unterzeichnet und der Gerichtsbehörde zur weiteren Veranlassung zugestellt wird.

## KAPITEL VII — Anerkennungsbestimmungen

*Abschnitt 1 — Auf alle Dienstleistungen anwendbare Anerkennungsbestimmungen***Art. 29 - Betreuungsformen.**

Für die Anerkennung und Bezuschussung wird zwischen den 4 Betreuungsformen unterschieden, wie sie in Artikel 20 § 1 des Dekretes beschrieben sind: ambulante Betreuung, intensive sozialpädagogische oder therapeutische Einzelbetreuung, Pflegefamilie und stationäre Betreuung.

Eine natürliche oder juristische Person kann für mehrere dieser Betreuungsformen anerkannt werden.

Vorliegender Abschnitt findet mit Ausnahme von Artikel 32 keine Anwendung auf einen Antrag auf Anerkennung als Pflegefamilie.

**Art. 30 - Anerkennungsbedingungen.**

§ 1 - Die Personen, die im Rahmen von Artikel 20 § 1 1., 2. und 4. des Dekretes tätig sind, müssen folgende Anerkennungsbedingungen erfüllen:

1. Die Dienstleistung muss durch eine Person erbracht werden, der über eine eigene Rechtspersönlichkeit verfügt, durch einen öffentlichen Dienst oder durch eine natürliche Person mit entsprechender fachlicher Ausbildung im Rahmen eines Honorarvertrages;

2. Die Personen, die im Rahmen vorliegenden Dekretes mit Jugendlichen arbeiten, dürfen keinen Eintrag in ihrem Leumundszeugnis haben, der mit einer Aufgabe im Jugendhilfebereich unvereinbar ist;

3. Unbeschadet nachstehender Bestimmungen müssen die unter Punkt 3 erwähnten Personen sich für die jeweilige Aufgabe eignen und eine dieser Aufgabe entsprechende Ausbildung erhalten haben, oder aufgrund besonderer Erfahrung in der sozialen Arbeit in der Lage sein, die Aufgabe zu erfüllen. Soweit die jeweilige Aufgabe es erfordert, sind mit ihrer Durchführung ausschließlich Fachkräfte bzw. Fachkräfte mit entsprechender Zusatzausbildung zu betrauen. Zudem müssen diese Personen regelmäßig an fachbezogenen Fortbildungen teilnehmen.

Die Person, die mit der Leitung einer anerkannten Organisation beauftragt ist, muss zumindest über ein Bachelor- oder Masterdiplom verfügen. Die Regierung kann Inhaber anderer Qualifikationen zulassen, insofern eine außergewöhnliche nützliche Berufserfahrung oder eine besondere Ausbildung für die betroffene Funktion vorliegt oder bei einem nachgewiesenen Arbeitskräftemangel für die geforderte Qualifikation;

4. Der Dienstleistungserbringer ist verpflichtet, dem Auftraggeber und der Fachabteilung auf Anfrage die notwendigen Auskünfte zukommen zu lassen. Sie stellen dem Jugendhilfedienst und dem Jugendgerichtsdienst für die regelmäßig stattfindenden Hilfeplan- beziehungsweise Bilanzgespräche schriftliche Berichte zu. Zudem stellen sie dem Prokurator des Königs oder dem Jugendrichter auf Anfrage einen Bericht über die im Rahmen vorliegenden Dekretes betreuten Personen zu. Dieser Bericht beinhaltet eine schlussfolgernde Bilanz der psychosozialen Entwicklung des Jugendlichen und seiner Familie, wenn diese ebenfalls begleitet wird;

5. Der Dienstleistungserbringer ist verpflichtet, der Fachabteilung bis spätestens zum 1. Mai eines jeden Jahres einen ausführlichen Tätigkeitsbericht zu übermitteln. Der Bericht enthält sowohl statistische Angaben als auch Informationen zu Verlauf und Entwicklung der Arbeit.

§ 2 - Verfügt der Antragsteller, der im Rahmen der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes regelmäßig Jugendliche aufnimmt oder begleitet bereits über eine entsprechende Anerkennung, die durch eine Behörde einer anderen Gemeinschaft, eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union oder eines Beitrittslandes eines mit der Europäischen Union abgeschlossenen Assoziationsabkommens ausgestellt wurde, kann diese Anerkennung zur Niederlassung des Dienstes in Gebiet deutscher Sprache in Anwendung von Artikel 43 und folgende des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, durch den Minister auf Antrag einer in Anwendung des Dekretes erteilten Anerkennung gleichwertig erklärt werden.

Dienstleistungserbringer aus einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder eines Beitrittslandes eines mit der Europäischen Union abgeschlossenen Assoziationsabkommens können in Anwendung von Artikel 39 Absatz 3 und Artikel 46 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft die Dienstleistung in Ausführung des Dekretes im Gebiet deutscher Sprache erbringen, insofern der Dienstleister in seinem Herkunftsland über eine Anerkennung oder Zulassung zur regelmäßigen Betreuung oder Aufnahme von Jugendlichen im Rahmen der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes verfügt.

Die Personen, die in Anwendung der Artikel 34, 35 und 41 vorliegenden Erlasses eine Berufsqualifikation nachweisen müssen und ihr Studium in einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder in einem Beitrittsland eines mit der Europäischen Union abgeschlossenen Assoziationsabkommens absolviert haben, beantragen in Anwendung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen bei der zuständigen Behörde eine Anerkennung der im Ausland gefolgten Berufsausbildung.

Sind diese Personen bei einer in § 3 erwähnten Organisation beschäftigt, die ihre Niederlassung in einem anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union oder eines Beitrittslandes eines mit der Europäischen Union abgeschlossenen Assoziationsabkommens hat, gelten die in Artikel 34, 35 und 41 vorliegenden Erlasses festgelegten Qualifikationsbedingungen in Anwendung von Artikel 5 der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen als erfüllt.

**Art. 31 - Anerkennungsverfahren.**

Der Antrag auf Anerkennung ist beim Minister einzureichen und enthält folgende Angaben oder Unterlagen:

1. die Identität des Antragstellers;
2. die Satzungen der Vereinigung oder der Gesellschaft, wenn es sich um juristische Personen handelt, die keine öffentlichen Verwaltungen sind;
3. die Betreuungskapazität;
4. einen Nachweis, dass das Vorhaben einem tatsächlichen Bedarf entspricht und sich in die Gesamtheit der Angebote in der Jugendhilfe einfügt;
5. ein pädagogisches Konzept, die Beschreibung der Zielsetzung, der Methodik, der Organisationsstruktur, der Methodik der Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen oder Diensten, sowie ein Konzept zur Qualitätssicherung und zum Qualitätsmanagement;
6. die Beschreibung der Funktion(en) und Qualifikation(en) des Personals;
7. für die in Artikel 29 des Dekretes erwähnten Personen den Nachweis der Anerkennung in ihrem bisherigen Zuständigkeitsbereich.

Der Minister entscheidet innerhalb von drei Monaten nach Eingang des Antrags. Nach Ablauf dieser Frist gilt die Anerkennung als erteilt. Der Beschluss wird dem Antragsteller unverzüglich zugestellt.

Die Verlängerung der Anerkennung muss spätestens drei Monate vor Ablauf der Gültigkeit der Anerkennung gemäß § 1 beantragt werden. Der Antrag auf Verlängerung ist an den Minister zu richten und enthält die in Absatz 1 aufgeführten Unterlagen, insofern es seit dem Datum der Anerkennung Änderungen gegeben hat.

**Art. 32 - Aussetzung und Entzug der Anerkennung.**

Wenn eine juristische oder natürliche Person die Normen und Bedingungen, die der Anerkennung zugrunde liegen, nicht mehr erfüllt, kann der Minister ihr eine Frist einräumen, diesen Auflagen nachzukommen und sie auffordern, einen diesbezüglichen Nachweis vorzulegen oder zusätzliche Auskünfte zu erteilen.

Wenn der Minister sich dazu veranlasst sieht, die Anerkennung auszusetzen oder zu entziehen, teilt er der Person seine Absicht mit. Die Person verfügt über eine Frist von einem Monat nach Erhalt dieser Mitteilung, um dem Minister eine Stellungnahme zuzustellen.

Der Minister beschließt innerhalb eines Monats nach Erhalt der Stellungnahme der betroffenen Person oder nach Ablauf der im vorigen Absatz erwähnten Frist über die Aussetzung oder den Entzug der Anerkennung. Der Beschluss wird der Person unverzüglich zugestellt.

Bei einer Aussetzung der Anerkennung darf die Person keine neuen Aufträge erhalten. Bei Entzug der Anerkennung muss die Dienstleistung unverzüglich eingestellt werden.

**Art. 33 - Vertrag.**

Die Artikel 29 bis 32 finden ebenfalls für den Abschluss eines Vertrages gemäß Artikel 22 § 2 des Dekretes Anwendung, wobei anstelle des Antrags auf Anerkennung der Entwurf des Vertrages zusammen mit den in Artikel 29 erwähnten Unterlagen und Angaben beim Minister eingereicht werden. Der Entzug der Anerkennung entspricht einer Kündigung des Vertrages, die gemäß den im Vertrag enthaltenen Bestimmungen ausgesprochen werden kann.

*Abschnitt 2 — Spezifische Anerkennungsbestimmungen für Angebote der ambulanten Betreuung*

**Art. 34 - Betreuungspersonal.**

Die mit der ambulanten Betreuung beauftragten Personen müssen über das Diplom eines Erziehers A2, eines Bachelor- oder Masterabschlusses pädagogischer, sozialer oder medizinischer Ausrichtung verfügen, oder im Ausnahmefall in einer dieser Ausbildungen sein.

Ausgehend von einer 38 Stunden-Woche, darf eine im ersten Absatz erwähnte vollzeitbeschäftigte Person nicht mehr als 20 Fallsituationen im Rahmen der ambulanten Betreuung betreuen. Dabei werden mehrere Jugendliche, die in ein und derselben Familie leben, wie ein Jugendlicher betrachtet.

*Abschnitt 3 — Spezifische Anerkennungsbestimmungen für Angebote der intensiven sozialpädagogischen oder therapeutischen Einzelbetreuung*

**Art. 35 - Betreuungspersonal.**

Die mit einer intensiven sozialpädagogischen oder therapeutischen Einzelbetreuung beauftragten Personen müssen über ein Bachelor- oder Masterabschluss pädagogischer, sozialer oder medizinischer Ausrichtung verfügen, oder im Ausnahmefall in einer dieser Ausbildungen sein.

Im Rahmen der sozialpädagogischen oder therapeutischen Einzelbetreuung dürfen, ausgehend von einer 38 Stunden-Woche, höchstens 5 Jugendliche pro vollzeitbeschäftigtem Personalmitglied betreut werden.

**Art. 36 - Betreuungsform.**

Die sozialpädagogische oder therapeutische Einzelbetreuung kann in einer ambulanten oder stationären Form erfolgen. Bei der ambulanten Form muss mindestens dreimal wöchentlich ein Kontakt mit den betroffenen Jugendlichen gewährleistet sein.

*Abschnitt 4 — Spezifische Anerkennungsbestimmungen für die Pflegschaft***Art. 37 - Eignung als Pflegefamilie.**

Um eine Pflegschaft zu übernehmen, müssen die Kandidaten mindestens folgende Eignungskriterien erfüllen:

1. Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Ursprungsfamilie, unter Berücksichtigung der Auflagen und Bedingungen des Auftraggebers;
2. sich gegenüber der Rolle der leiblichen Eltern abgrenzen können;
3. bei Paaren müssen beide Partner der Pflegschaft zustimmen;
4. über ausreichenden und angepassten Wohnraum für die Aufnahme des Pflegekindes verfügen, ohne den Lebensraum für die anderen Familienmitglieder zu stark einzuschränken;
5. Bereitschaft zur konstruktiven Zusammenarbeit mit dem Pflegefamiliendienst;
6. über dem Bedarf des Kindes entsprechenden zeitlichen Freiraum verfügen, insbesondere bei gleichzeitiger Berufstätigkeit;
7. über einen nachweislich einwandfreien Leumund verfügen;
8. Die Mitglieder der Pflegefamilie müssen frei sein von Suchtproblemen oder ansteckenden Krankheiten, die das Wohl des Kindes ernsthaft gefährden. Die Pflegeeltern müssen frei von lebensbedrohenden Krankheiten sein;
9. Der Lebensunterhalt der Mitglieder des Haushaltes muss gesichert sein;
10. Die hygienischen Voraussetzungen für die Aufnahme des Kindes sind gegeben.

**Art. 38 - Aufgaben einer Pflegefamilie.**

Die Personen, die eine Pflegschaft übernehmen, sind gemäß den Vorgaben des Pflegefamiliendienstes für die Erziehung und die Betreuung des Pflegekindes verantwortlich. Sie tragen dafür Sorge, dass das Pflegekind die Schule, die Lehrstelle oder das vereinbarte Projekt absolviert. Sie tragen Sorge, dass bestehende Beziehungen des Pflegekindes zu den Angehörigen und anderen Bezugspersonen erhalten bleiben, es sei denn, diese unterliegen einer Einschränkung durch den Auftraggeber. Die Kontaktaufnahme zwischen den Bezugspersonen und der Pflegefamilie erfolgt nach Vorgabe des Auftraggebers unter fachlicher Begleitung durch Mitarbeiter des Pflegefamiliendienstes.

**Art. 39 - Verpflichtungen der Pflegefamilie.**

Die Pflegefamilie verpflichtet sich:

1. die religiöse oder weltanschauliche Orientierung des Pflegekindes, welche durch die Ursprungsfamilie bestimmt wird, zu respektieren, es sei denn, diese unterliegt einer Einschränkung durch den Auftraggeber;
2. unbeschadet der Informationspflicht gegenüber dem Pflegefamiliendienst vertrauliche Informationen über den Werdegang des Pflegekindes und seine Familienverhältnisse - auch nach Beendigung des Betreuungsverhältnisses - nicht an Außenstehende weiterzugeben;
3. eine Zivilhaftschutzversicherung zur Abdeckung der durch das Pflegekind eventuell verursachten Schäden abzuschließen;
4. regelmäßig an Gesprächskreisen, organisierten Weiterbildungen oder sonstigen Angeboten des Pflegefamiliendienstes teilzunehmen;
5. den Mitarbeitern des Pflegefamiliendienstes nach Anmeldung den Zugang zu ihren Räumlichkeiten zu gestatten und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Mitarbeiter des Pflegefamiliendienstes sich jederzeit mit dem Pflegekind in Verbindung setzen können.

**Art. 40 - Höchstanzahl Pflegekinder.**

Es dürfen nicht mehr als 3 Pflegekinder in einer Pflegefamilie aufgenommen außer bei Pflegekindern, die Geschwister sind, wo bis zu 5 Pflegekinder in einer Pflegefamilie aufgenommen werden dürfen.

*Abschnitt 5 — spezifische Anerkennungsbedingungen für Angebote der stationären Betreuung***Art. 41 - spezifische Anerkennungsbedingungen.**

Eine Einrichtung zur stationären Betreuung muss folgende Bedingungen erfüllen:

1. Die Trägerschaft der Einrichtung muss als juristische Person konstituiert sein;
2. Die Leitung der Einrichtung muss durch eine Person mit einem Bachelor- oder Masterabschluss pädagogischer oder sozialer Ausrichtung wahrgenommen werden;
3. Mindestens 60% des Personals verfügt über einen Bachelor- oder Masterabschluss pädagogischer oder sozialer Ausrichtung;
4. Die Einrichtung muss in Form von Wohneinheiten mit einer Aufnahmekapazität von jeweils mindestens zwei Jugendlichen strukturiert sein;
5. Die Einrichtung darf ausschließlich im Rahmen des Dekretes oder im Rahmen einer anderen Gesetzgebung über die Jugendhilfe oder den Jugendschutz im In- oder Ausland betreuen. Andere Aufnahmen können auf begründeten Antrag vom Minister genehmigt werden;
6. Jede stationäre Aufnahme oder Beendigung einer Unterbringung eines Jugendlichen in einer Einrichtung muss der Fachabteilung innerhalb von fünf Arbeitstagen mitgeteilt werden.

*KAPITEL VIII — Finanzielle Bestimmungen**Abschnitt 1 — Ambulante Betreuung***Art. 42 - Vertrag.**

Unbeschadet nachfolgender Bestimmungen werden die Höhe und die Modalitäten der Bezuschussung der Dienstleistung einer Person zur ambulanten Betreuung vertraglich geregelt.

**Art. 43 - Lebenshaltungskosten.**

Juristische und natürliche Personen, die selbstständig wohnende Jugendliche im Rahmen des Dekretes betreuen, erhalten für die Bestreitung der täglichen Lebensunterhaltungskosten der betreuten Jugendlichen einen pauschalen Tagessatz in Höhe von 15,72 Euro. Dieser Betrag ist an der Entwicklung der Gehälter des öffentlichen Dienstes der

Deutschsprachigen Gemeinschaft gebunden. Als Angelindex gilt 138,01.

Dieser Tagessatz wird nicht gewährt, wenn die Hilfgewährung bei Erreichen der Volljährigkeit in Anwendung von Artikel 21 des Dekretes weitergeführt wird.

Der Tagessatz wird zu Beginn eines jeden Monats für den vergangenen Monat an die Organisation oder Einrichtung, die den Jugendlichen begleitet ausgezahlt. Die Organisation oder Einrichtung verwaltet den Tagessatz gemeinsam mit dem betreuten Jugendlichen.

**Art. 44** - Kulturelle, sportliche und schulische Aktivitäten.

Familien, von denen ein oder mehrere Jugendliche im Rahmen einer Jugendhilfemaßnahme ambulant betreut werden, können für Ausgaben im kulturellen, sportlichen und schulischen Bereich eine Unterstützung bis zu einem jährlichen Höchstbetrag von 500 Euro pro Jugendlichen erhalten, wenn ein entsprechender Antrag auf Sozialhilfe beim zuständigen ÖSHZ gestellt und abgelehnt wurde. Gewährt das ÖSHZ Sozialhilfe, wird dieser Betrag von der möglichen Unterstützung durch das Ministerium abgezogen. Der Antrag wird über die Einrichtung oder Organisation, die mit der ambulanten Betreuung beauftragt ist, in der Fachabteilung eingereicht und über die betreuende Organisation ausgezahlt. Dem Antrag ist die Antwort des zuständigen ÖSHZ auf den dort gestellten Antrag beizufügen. Der Minister entscheidet nach Gutachten des Jugendhilfedienstes beziehungsweise des Jugendgerichtsdienstes.

#### *Abschnitt 2 — Stationäre Betreuung*

**Art. 45** - Vertrag.

Unbeschadet nachfolgender Bestimmungen über die Sonderauslagen werden die Höhe und die Modalitäten der Bezuschussung der Dienstleistung der juristischen Person für eine stationäre Betreuung vertraglich festgelegt.

**Art. 46** - Sonderauslagen.

§ 1 - Unter nachfolgenden Bedingungen können Einrichtungen der stationären Betreuung Sonderauslagen, die sie für die untergebrachten Jugendlichen getätigt haben, rückerstattet werden:

1. Ausgaben für Gesundheitspflege: Ausgaben für Gesundheitspflege sind Kosten für Klinikaufenthalte des untergebrachten Jugendlichen sowie Kosten für alle Behandlungen, die durch Hausärzte, Kinderärzte und andere Fachärzte oder durch paramedizinische Fachkräfte durchgeführt werden. Letztere müssen von einem Allgemeinmediziner - oder Kinderarzt verordnet worden sein.

Für die Rückerstattung der Kosten für Zahnpflege muss vom Antragsteller eine jährliche zahnärztliche Vorsorgeuntersuchung nachgewiesen werden.

Das Ministerium übernimmt die Rückerstattung aller Restkosten für ärztlich verschriebener Arzneimittel.

2. Andere Auslagen:

a. Kosten zur Deckung der Auslagen des untergebrachten Jugendlichen für ein Studium, das über das Sekundarschulwesen hinausgeht, die vorab durch den Minister gebilligt werden müssen;

b. Kosten für Nachhilfestunden eines Jugendlichen in schulischen Belangen;

c. Therapiekosten für den aufgenommenen Jugendlichen;

d. Kosten für alternativmedizinische Behandlungen.

Die Rückerstattung der unter 1. und 2. erwähnten Auslagen erfolgt pro Trimester gegen Vorlage der entsprechenden Belege, die gegebenenfalls mit den jeweiligen Krankenkassenabrechnungen bei der Fachabteilung eingereicht werden.

Für die Rückerstattung der Eigenbeteiligung werden die Bestimmungen des LIKIV angewandt. Für Klinikaufenthalte gelten die Preise für einen Aufenthalt in einem Mehrbettzimmer.

§ 2 - Der Minister kann auf begründeten Antrag unter außerordentlichen Umständen eine Rückvergütung der Sonderauslagen gewähren, die nicht in § 1 aufgeführt sind.

#### *Abschnitt 3 — Pflgeschäften*

**Art. 47** - Pflegegeld.

Personen, die eine Pflgeschafft übernehmen, erhalten für die Deckung der Lebenshaltungskosten einschließlich Einrichtungskosten, Kosten für Schule und Freizeit sowie Fahrtkosten für die untergebrachten Jugendlichen eine Tagespauschale pro untergebrachten Jugendlichen. Diese Entschädigung wird Pflegegeld genannt.

Das Pflegegeld beträgt 14,22 Euro für Pflgeschafftsfamilien, die ein oder zwei Pflegekinder betreuen. Das Pflegegeld beträgt 15,72 Euro für Pflgeschafftsfamilien die drei oder mehr Pflegekinder gleichzeitig betreuen.

Die Beträge des Pflegegeldes sind an der Indexierung der Gehälter des öffentlichen Dienstes der Deutschsprachigen Gemeinschaft gebunden. Als Angelindex für die oben erwähnten Beträge gilt bei Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses 138,01.

Das Pflegegeld wird monatlich ausgezahlt. Es wird um den Betrag der Familienzulagen verringert, die der Pflegefamilie für den Jugendlichen gezahlt werden, mit Ausnahme des Zusatzes für behinderte Kinder, für invalide Arbeitnehmer, Arbeitslose und Pensionierte.

**Art. 48** - Sonderauslagen.

Artikel 46 über die Sonderauslagen findet ebenfalls Anwendung auf die Pflgeschafft.

#### *Abschnitt 4 — Kooperationen*

**Art. 49** - Kostenverrechnung.

Unbeschadet anderslautender innerbelgischer oder internationaler Kooperationsabkommen und der Amtshilfe übernimmt das Ministerium die Kosten der Unterbringung oder der Betreuung, die in Anwendung von Artikel 18, Absatz 2 des Dekretes veranlasst wurden.

#### *Abschnitt 5 — Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten*

**Art. 50** - Berechnung der Eigenbeteiligung.

Im Falle einer stationären Unterbringung oder eine Pflgeschafft sind die Unterhaltspflichtigen zu einer Kostenbeteiligung an den Unterbringungskosten gemäß nachfolgender Regelung verpflichtet:

Die Eigenbeteiligung des Unterhaltspflichtigen wird unter Berücksichtigung des Netto-Einkommens und der Kinder zu seinen Lasten gemäß der in der Anlage zu vorliegendem Erlass aufgeführten Tabelle vom Auftraggeber

festgelegt. Bilden die Unterhaltspflichtigen einen gemeinsamen Haushalt, wird für die Festlegung der Eigenbeteiligung das gesamte Netto-Einkommen der Unterhaltspflichtigen berücksichtigt. Jeder der Unterhaltspflichtigen ist solidarisch für die Zahlung der Eigenbeteiligung verantwortlich.

Leben die Unterhaltspflichtigen in getrennten Haushalten, wird das Netto-Einkommen jedes Unterhaltspflichtigen getrennt berücksichtigt. Eine solidarische Verantwortung zur Zahlung der Eigenbeteiligung des jeweils anderen Unterhaltspflichtigen ist nicht gegeben.

Die unterhaltspflichtige Person ist verpflichtet, dem Jugendhilfedienst beziehungsweise dem Jugendgerichtsdienst alle erforderlichen Angaben zur Festlegung der Eigenbeteiligung zu übermitteln. Werden die Angaben verweigert, entspricht die Eigenbeteiligung dem Höchstbetrag. Der Unterhaltspflichtige überweist monatlich die Eigenbeteiligung auf das von der Fachabteilung mitgeteilte Konto. Der Unterhaltspflichtige ist verpflichtet, den zuständigen Diensten jede Änderung im Haushaltseinkommen und der Familienzusammensetzung mitzuteilen, damit gegebenenfalls eine Abänderung der Eigenbeteiligung vorgenommen werden kann. Der Auftraggeber informiert die Fachabteilung über seine Entscheidung bezüglich der Höhe der Eigenbeteiligung.

#### **Art. 51 - Ausnahmen.**

In Abweichung von Artikel 50 kann eine niedrigere Eigenbeteiligung festgelegt werden, wenn:

1. der Unterhaltspflichtige Empfänger des Eingliederungseinkommens ist;
2. der Unterhaltspflichtige ausschließlich Arbeitslosenunterstützung oder eine Entschädigung aufgrund einer Krankheit erhält;
3. mehrere Kinder einer Familie untergebracht sind;
4. die unterhaltspflichtige Person nachweisbar und regelmäßig über einen längeren Zeitraum bedeutende Schulden im Verhältnis zu ihrem Einkommen abzahlt;
5. andere soziale Umstände die finanziellen Schwierigkeiten der unterhaltspflichtigen Person rechtfertigen.

Der Mindestbeitrag der Eigenbeteiligung pro Unterhaltspflichtigen beträgt 10 € im Monat.

Wurde ein Unterhaltspflichtiger bereits vor der Unterbringungsmaßnahme auf Basis eines Urteils oder im Einvernehmen zur Zahlung von Unterhalt für einen Jugendlichen verpflichtet, entspricht die Eigenbeteiligung dem Betrag dieser Unterhaltszahlung.

Wenn eine Familie, deren Jugendlicher stationär betreut wird, Kinderzulagen aus dem Ausland bezieht, werden zwei Drittel des Betrages der Kinderzulagen vom Ministerium eingezogen, unabhängig von dem Betrag der Eigenbeteiligung für diesen Jugendlichen.

#### **Art. 52 - Verlängerung der Maßnahme.**

Bei einer Verlängerung der stationären Betreuung über die Volljährigkeit hinaus ist die Eigenbeteiligung weiter zu zahlen.

#### **Art. 53 - Einziehung bei unterlassener Zahlung.**

Das Einregistrierungsamt des Finanzministeriums kann vom Ministerium mit der Einziehung des Betrages der Eigenbeteiligung beauftragt werden. Die Beträge können ab Datum des diesbezüglichen Vertrages, Beschlusses oder Urteils 24 Monate rückwirkend eingezogen werden.

### KAPITEL IX — *Berufsgeheimnis und Datenschutz*

#### **Art. 54 - Einsichtrecht.**

Zur Wahrnehmung des in Artikel 31 des Dekretes erwähnten Einsichtsrechts stellt der Betreffende einen schriftlichen Antrag bei dem Dienstverantwortlichen. Anwälte müssen die Angaben der Person mitteilen, deren Interessen sie vertreten.

Wird dem Antrag stattgegeben, werden dem Antragsteller innerhalb von 14 Tagen nach Eingang des Antrags der Ort und der Zeitpunkt für die Einsicht in die Akte mitgeteilt. Wird der Antrag abgelehnt, teilt der Dienstverantwortliche dem Antragsteller in der gleichen Frist die Gründe der Ablehnung mit. Der Antragsteller kann innerhalb von 30 Tagen nach Versand der Ablehnung bei dem Vorgesetzten des Dienstverantwortlichen Einspruch einreichen. Der Vorgesetzte kann die Entscheidung des Dienstverantwortlichen ändern und ein Einsichtsrecht gewähren.

Der Dienstverantwortliche erteilt dem Antragsteller bei der Einsicht in die Akte die erforderlichen Informationen.

### KAPITEL X — *Beschwerden*

#### **Art. 55 - Juristische und natürliche Personen.**

Das in Artikel 34 Absatz 1 des Dekretes erwähnte Beschwerdegremium setzt sich zusammen aus einem Vertreter der Regierung, der Fachabteilung und einem unabhängigen Experten. Die Mitglieder werden durch den Minister ernannt.

Die Mitglieder des Beschwerdegremiums haben Anrecht auf eine Anwesenheitsentschädigung und auf Rückerstattung der Fahrtkosten gemäß der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft für beratende Gremien anwendbaren Regelung.

#### **Art. 56 - Dienste des Ministeriums.**

Jede Person, die eine Beschwerde in Bezug auf die Arbeitsweise der in Artikel 34 Absatz 3 des Dekretes erwähnten Dienste hat, richtet diese schriftlich an den Vorgesetzten der Person, gegen die sich die Beschwerde richtet.

Sowohl die Person, die die Beschwerde eingereicht hat, als auch die von der Beschwerde betroffene Person haben das Recht, von dem Vorgesetzten zum Sachverhalt angehört zu werden. Jede Beschwerde und deren Folge werden in ein eigens dafür angelegtes Register eingetragen.

### KAPITEL XI — *Schlussbestimmungen*

#### **Art. 57 - Aufhebungsbestimmung.**

Sind aufgehoben:

1. Der Erlass der Regierung vom 20. Dezember 1995 zur Anerkennung und Bezuschussung von Personen und Einrichtungen zur Begleitung und Betreuung von Jugendlichen, abgeändert durch den Erlass vom 11. Februar 2003;
2. Der Erlass der Regierung vom 2. Juli 1998 zur Regelung der Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen für die Mitglieder, Präsidiumsmitglieder, Leiter der Ausschüsse, Vorsitzenden der Arbeitsgruppen und Experten des Jugendhilferates;
3. Der Erlass der Regierung vom 9. Januar 1998 über die Anerkennung, die Festlegung des Pflegegeldes und der Sonderzulagen für natürliche Personen bezüglich der Betreuung von untergebrachten Jugendlichen, abgeändert durch die Erlasse vom 23. Januar 2001 und vom 9. September 2003;



4. Der Erlass der Regierung vom 2. März 2001 über die Anerkennung und die Bezuschussung von juristischen Personen, die Jugendliche stationär oder ambulant betreuen;

5. Der Erlass der Regierung vom 20. Juni 2002 zur Bezeichnung der Dienstleiter des Jugendhilfedienstes und des Jugendgerichtsdienstes;

6. Der Erlass der Regierung vom 23. August 2001 zur Festlegung des Sitzes und zur Ernennung der Mitglieder sowie des Präsidiums des Jugendhilferates, abgeändert durch die Erlasse vom 19. Mai 2003 und vom 26. April 2005;

7. Der Erlass der Regierung vom 10. April 2003 zur Beteiligung der unterhaltspflichtigen Personen an den durch die im Rahmen des Dekretes über die Jugendhilfe durchgeführten Unterbringungsmaßnahmen entstandenen Kosten;

**Art. 58 - Durchführungsbestimmung.**

Der für Soziales zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 14. Mai 2009

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Minister-Präsident  
Minister für lokale Behörden  
K.-H. LAMBERTZ

Der Vize-Ministerpräsident  
Minister für Ausbildung und Beschäftigung, Soziales und Tourismus  
B. GENTGES

Anlage I

„Anlage zum Erlass der Regierung vom 14. Mai 2009 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz“

Eigenbeteiligung pro Monat in €	Netto-Einkommen des Unterhaltspflichtigen in €			
	ohne Kind *	mit 1 Kind *	mit 2 Kindern *	mit 3 oder mehr Kindern *
	Von/bis	von/bis	von/bis	von/bis
10	bis 700	bis 900	bis 950	bis 1.000
20	701-750	901-950	951-1.000	1.001-1.050
30	751-800	951-1.000	1.001-1.050	1.051-1.100
40	801-850	1.001-1.050	1.051-1.100	1.101-1.150
50	851-900	1.051-1.100	1.101-1.150	1.151-1.200
60	901-950	1.101-1.150	1.151-1.200	1.201-1.250
70	951-1.000	1.151-1.200	1.201-1.250	1.251-1.300
80	1.001-1.050	1.201-1.250	1.251-1.300	1.301-1.350
90	1.051-1.100	1.251-1.300	1.301-1.350	1.351-1.400
100	1.101-1.150	1.301-1.350	1.351-1.400	1.401-1.450
110	1.151-1.200	1.351-1.400	1.401-1.450	1.451-1.500
120	1.201-1.250	1.401-1.450	1.451-1.500	1.501-1.550
130	1.251-1.300	1.451-1.500	1.501-1.550	1.551-1.600
140	1.301-1.350	1.501-1.550	1.551-1.600	1.601-1.650
150	1.351-1.400	1.551-1.600	1.601-1.650	1.651-1.700
160	1.401-1.450	1.601-1.650	1.651-1.700	1.701-1.750
170	1.451-1.500	1.651-1.700	1.701-1.750	1.751-1.800
180	1.501-1.550	1.701-1.750	1.751-1.800	1.801-1.850
190	1.551-1.600	1.751-1.800	1.801-1.850	1.851-1.900
200	1.601-1.700	1.801-1.850	1.851-1.900	1.901-2.000
225	1.701-1.800	1.851-2.000	1.901-2.100	2.001-2.150
250	1.801-1.900	2.001-2.200	2.101-2.300	2.151-2.400
300	über 1.900	über 2.200	über 2.300	über 2.400

(\*) Der oder die untergebrachte(n) Jugendliche(n) werden nicht als Person zu Lasten betrachtet. Der Betrag bezieht sich also auf die Zahl der Kinder bzw. Jugendlichen, die noch zu Lasten im Haushalt der unterhaltspflichtigen Person leben.“

Gesehen um dem Erlass der Regierung vom 14. Mai 2009 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz beigefügt zu werden;

Der Ministerpräsident  
Minister für lokale Behörden

K.-H. LAMBERTZ

Der Vize-Ministerpräsident  
Minister für Ausbildung und Beschäftigung, Soziales und Tourismus

B. GENTGES

## TRADUCTION

## MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

F. 2009 — 3590

[2009/203941]

## 14 MAI 2009. — Décret relatif à l'aide à la jeunesse et à la protection de la jeunesse

Conformément à la Directive 2005/36/EC du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005 portant la reconnaissance des qualifications professionnelles;

Conformément à l'article 39, § 3, 43<sup>e</sup> et à l'article 49 du Traité instituant la Communauté européenne;

Conformément à la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, notamment ses articles 20 et 87, point 1;

Conformément à la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, notamment ses articles 7 et 54, § 1<sup>er</sup>;

Conformément au décret du 9 juin 1987 autorisant l'Administration de la T.V.A., de l'Enregistrement et des Domaines à poser certains actes de droit patrimonial pour la Communauté germanophone et les organismes d'intérêt public qui en dépendent;

Conformément au décret du 19 mai 2008 relatif à l'aide à la jeunesse et visant la mise en œuvre de mesures de protection de la jeunesse, notamment ses articles 5, 6, 8, 15, 17, 22, 25, 26, 27, 31, 32 et 34;

Conformément à l'arrêté du Gouvernement du 20 décembre 1995 fixant les règles applicables à la reconnaissance et à la subsidiation des personnes physiques ou morales s'offrant à accompagner et héberger des mineurs, tel qu'amendé par l'arrêté du 11 février 2003;

Conformément à l'arrêté du Gouvernement du 9 janvier 1998 relatif à la reconnaissance, à la fixation de l'allocation d'entretien et des allocations spéciales allouées aux personnes morales pour la guidance de jeunes placés, tel qu'amendé par les arrêtés des 23 janvier 2001 et 9 septembre 2003;

Conformément à l'arrêté du Gouvernement du 2 mars 2001 relatif à l'agrément et au subventionnement de personnes morales qui assurent la guidance résidentielle et ambulatoire de jeunes;

Conformément à l'arrêté du Gouvernement du 23 août 2001 établissant le siège et portant nomination des membres du Conseil de l'aide à la jeunesse et de son bureau, tel qu'amendé par les arrêtés du 19 mai 2003 et du 26 avril 2005;

Conformément à l'arrêté du Gouvernement du 20 juin 2002 désignant la direction du service d'aide à la jeunesse et du service d'aide judiciaire à la jeunesse;

Conformément à l'arrêté du Gouvernement du 10 avril 2003 fixant la participation des débiteurs d'aliments aux frais relatifs aux mesures de placement exécutées dans le cadre du décret relatif à l'aide à la jeunesse;

Suite aux consultations entre le Gouvernement fédéral et le Gouvernement de la Communauté germanophone en application de l'article 6, § 3bis, n° 4, de la loi spéciale du 8 août 1980, dont il est porté application en Communauté germanophone en vertu de l'article 5, § 1<sup>er</sup> de la loi du 31 décembre 1983;

Conformément au rapport de l'Inspecteur en charge des Finances en date du 9 janvier 2009;

Conformément à l'accord du Ministre-Président en charge du Budget du 29 janvier 2009;

Conformément au rapport d'expertise 46.084/3 du Conseil d'Etat publié le 17 mars 2009 en application de l'article 84, § 1<sup>er</sup>, n° 1 de la loi coordonnée sur le Conseil d'Etat du 12 janvier 1973;

Sur proposition du Vice-Ministre-Président, Ministre de la Formation et de l'Emploi, des Affaires sociales et du Tourisme;

Et après consultation,

Arrête :

CHAPITRE I<sup>er</sup>. — Dispositions générales**Article 1<sup>er</sup>.** Définitions.

A l'usage dans le présent décret, l'on entend par :

1. Décret : le décret du 19 mai 2008 relatif à l'aide à la jeunesse et visant la mise en œuvre de mesures de protection de la jeunesse.
2. Charte de qualité : la charte de qualité mentionnée à l'article 3 du décret.
3. Accueil familial : la forme d'accompagnement reprise à l'article 20, § 1<sup>er</sup>, 3<sup>e</sup> du décret.
4. Ministre : le Ministre de la Communauté germanophone en charge de la Jeunesse.
5. Chefs de service : la (les) personne(s) mandatée(s) par le Gouvernement pour diriger les différents services d'aide à la jeunesse.
6. Personnes : les personnes physiques ou morales, qui peuvent être reconnues en vertu des articles 22 ou 29 du décret.
7. Ministère : le Ministère de la Communauté germanophone.
8. Département spécialisé : le département du Ministère spécialement responsable des questions d'aide à la jeunesse.
9. C.P.A.S. : le Centre public d'Aide sociale.
10. Contrat de gestion : le contrat visé à l'article 22, § 2, du décret.
11. Pouvoir organisateur : le juge de la jeunesse, le tribunal de la jeunesse, le procureur du Roi, ou le service d'aide à la jeunesse.
12. Autorités judiciaires : le juge de la jeunesse, le tribunal de la jeunesse ou le procureur du Roi.

**Art. 2.** Comité d'accompagnement pour l'aide à la jeunesse.

Le comité d'accompagnement pour l'aide à la jeunesse, nommée comité d'accompagnement ci-après, est composé conformément aux termes de l'article 5, § 1<sup>er</sup>, point 2 du décret. Le Ministre nomme le coordinateur mentionné à l'article 3 du présent arrêté, ainsi que les membres et suppléants conformément à l'article 5 du décret.

Les membres et membres suppléants du comité d'accompagnement ont droit à un jeton de présence et à des indemnités pour frais de déplacement selon les modalités applicables pour les comités consultatifs en Communauté germanophone.

Toute personne utile à l'accomplissement des tâches du comité d'accompagnement pourra être appelée à rejoindre ledit comité par ce dernier. Pour ce qui est du remboursement des frais de déplacement et du jeton de présence, les mêmes règles s'appliquent à ces personnes qu'aux membres permanents du comité d'accompagnement.

Le comité d'accompagnement se réunit au moins quatre fois par année calendrier.

**Art. 3.** Coordinateur.

Le spécialiste mentionné à l'article 5 du décret et dénommé ci-après le coordinateur, a pour tâche :

1. De convoquer les réunions du comité d'accompagnement.
2. De créer, au besoin, des groupes de projet.
3. De promouvoir l'échange d'informations entre le forum sur l'aide à la jeunesse, le comité d'accompagnement, ses groupes de projet, les services actifs en matière d'aide à la jeunesse et les départements spécialisés du Ministère.
4. De produire, tous les deux ans, un rapport récapitulatif des activités du comité d'accompagnement sur les deux années précédentes et des besoins mentionnés à l'article 5, § 2, n° 2 du décret. Le rapport sera rédigé avec le concours des membres du comité d'accompagnement.

**Art. 4.** Travail de prévention.

Dans le respect de l'article 6 du décret, le Ministre peut, sur proposition du comité d'accompagnement, demander à un organisme reconnu pour ses initiatives en la matière de mener un projet de prévention.

CHAPITRE II. — *Aide volontaire à la jeunesse*

**Art. 5.** Manuel qualité du service de l'aide à la jeunesse.

Les employés du service de l'aide à la jeunesse travaillent dans le respect des fondements et dispositions repris dans le manuel qualité de leur service.

**Art. 6.** Compétences du service de l'aide à la jeunesse.

Le fonctionnaire en poste vérifie, si le service de l'aide à la jeunesse tel que constitué par décret est compétent pour résoudre la question; ensuite, le fonctionnaire communiquera au demandeur les coordonnées du service d'aide compétent.

**Art. 7.** Tâches du service de l'aide à la jeunesse.

Les employés du service de l'aide à la jeunesse sont chargés d'informer, d'orienter et de conseiller les personnes et services qui s'adressent à eux. Chaque situation doit être étudiée du point de vue d'une éventuelle mise en danger du jeune. Si une séance de conseil ou d'orientation ne suffit pas et si les conditions reprises à l'article 2 du décret sont remplies, c'est le service de l'aide à la jeunesse qui intervient.

Avant que le service de l'aide à la jeunesse ne confie à une personne physique ou morale reconnue, dans le cadre du contrat d'aide à la jeunesse, l'accompagnement d'un jeune, le service de l'aide à la jeunesse se chargera de la rédaction d'une anamnèse de l'adolescent ou demandera qu'une telle anamnèse soit réalisée en son nom.

**Art. 8.** Contrat d'aide à la jeunesse.

Le contrat d'aide à la jeunesse signé en application de l'article 13 du décret doit être contresigné par le chef de service ou par son représentant.

**Art. 9.** Entretien de planification.

Six mois après la signature du contrat, ainsi que tous les six mois par la suite, un entretien de planification aura lieu entre les personnes concernées en présence, au besoin, de personnes formées à cette fin. Pour les interventions d'une durée de plus de trois ans, les entretiens de planification sont organisés une fois par an mais peuvent également avoir lieu plus fréquemment sur simple demande de l'une des parties contractantes.

En cas d'hébergement du jeune à l'étranger, cette tâche peut être déléguée ou devra, si elle ne peut être déléguée, être accomplie une fois par an par le service de l'aide à la jeunesse.

L'entretien de planification a pour but de valider la mise en œuvre du programme d'aide convenu et de l'adapter éventuellement à de nouvelles circonstances ou de nouveaux développements.

**Art. 10.** Médiation.

La demande de médiation, décrite à l'article 16, § 1<sup>er</sup>, du décret, doit se faire par écrit auprès du chef de service de l'aide à la jeunesse. Exception faite des cas de mise en danger graves, les parties en présence ont, après la communication écrite de la fin du travail du service de l'aide à la jeunesse, cinq jours ouvrables pour déposer une demande de médiation.

L'entretien de médiation aura lieu dans les dix jours ouvrables suivant le dépôt de la demande de médiation auprès du médiateur. Le médiateur invitera à cet entretien le jeune concerné, la personne chargée de son éducation, telle que définie à l'article 13, § 3, du décret, ainsi que le service de l'aide à la jeunesse. Le médiateur transmettra un rapport d'évaluation aux parties en présence dans les cinq jours ouvrables faisant suite à l'entretien de médiation.

Le médiateur identifié par le Ministre doit être reconnu par le service fédéral de médiation et avoir les compétences requises pour assurer une médiation en matière familiale.

En cas de mise en danger grave, le chef du service de l'aide à la jeunesse transmettra le rapport, accompagné d'une lettre de motivation écrite, directement au Procureur du Roi, sans qu'il y ait possibilité d'avoir recours au mode de médiation décrit au § 1<sup>er</sup>.

**Art. 11.** Fin de l'intervention.

L'intervention du service de l'aide à la jeunesse se termine, soit :

1. Par une décision du chef de service, soit
2. Dès que le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse a ordonné une mesure dans le cadre de l'aide judiciaire à la jeunesse, exception faite des mesures décrites à l'article 16, § 2, du décret.

CHAPITRE III. — *Protection judiciaire de la jeunesse***Art. 12.** Manuel qualité du service de l'aide judiciaire à la jeunesse.

Les employés du service de l'aide judiciaire à la jeunesse travaillent dans le respect des règles et dispositions fondamentales établies par le manuel qualité de leur service.

**Art. 13.** Tâches du service de l'aide judiciaire à la jeunesse.

Le fonctionnaire qui se voit confier un dossier procède à une étude sociale qui lui permet d'analyser la situation familiale du jeune et de rédiger une liste de recommandations d'intervention. Une fois l'étude sociale terminée, le fonctionnaire en charge du dossier rédigera un rapport social pour la partie requérante; en application de l'article 15, § 2, du décret, ce rapport social contiendra également une anamnèse du jeune.

**Art. 14.** Contrat.

Afin de transposer la décision des autorités judiciaires, le service de l'aide judiciaire à la jeunesse pourra passer contrat avec une personne physique ou morale reconnue, qui aura la charge de transposer les mesures requises. Dans ce contrat, l'objectif précis de la démarche, entre autres, est présenté. Des copies de ce contrat seront transmises au jeune visé par les mesures en question et à la personne chargée de son éducation, qui pourront éventuellement également contresigner le contrat, ainsi qu'aux autorités judiciaires concernées.

**Art. 15.** Entretien de conclusion.

Quatre mois après l'annonce du jugement ou la prise de décision, et, par la suite, tous les six mois, un entretien permettra de faire le bilan avec toutes les parties concernées; cet entretien se fera sous la direction du fonctionnaire en charge du dossier.

Pour les interventions d'une durée de plus de trois ans, cet entretien se tiendra une fois par an; toutefois, à la demande de l'une des parties concernées, l'entretien pourra avoir lieu plus tôt. Le but de l'entretien de conclusion est de vérifier la mise en œuvre de la décision du tribunal de la jeunesse et, le cas échéant, de proposer aux autorités judiciaires d'amender cette décision à la lumière de nouvelles circonstances ou développements.

**Art. 16.** Accompagnement par le service de l'aide judiciaire à la jeunesse.

Le service de l'aide judiciaire à la jeunesse peut, dans le cadre des dispositions prévues à l'article 17, § 1<sup>er</sup>, du décret, se voir confier l'accompagnement de la personne chargée de l'éducation du jeune. Les services du tribunal de la jeunesse accomplissent cette tâche en étroite collaboration avec les services chargés de l'accompagnement du jeune.

CHAPITRE IV. — *Mesures d'aide à la jeunesse et de protection des jeunes***Art. 17.** Projets.

En application de l'article 17, § 1<sup>er</sup>, 4<sup>e</sup>, du décret, le Gouvernement peut, dans le cadre d'une convention, promouvoir des projets s'il s'agit là d'une offre novatrice en matière d'aide à la jeunesse ou de protection des jeunes, et si cette offre couvre un besoin avéré.

Un an après le début du projet, le chargé de projet devra en remettre une évaluation au Ministre. Le Ministre décide alors de la poursuite ou non du projet pour un maximum de trois années supplémentaires. Une fois ce délai écoulé, les projets ne pourront plus être soutenus qu'en application de l'article 22 du décret.

**Art. 18.** Surveillance par le service de l'aide judiciaire à la jeunesse.

Dans le respect de l'article 17, § 1<sup>er</sup>, 5<sup>e</sup>, du décret, la surveillance par le service de l'aide judiciaire à la jeunesse consiste à rendre régulièrement visite au jeune, au moins une fois tous les trois mois, afin de voir si ledit jeune progresse bien en regard des raisons qui ont contraint le tribunal de la jeunesse à prendre des mesures. Le cas échéant, le service de l'aide judiciaire à la jeunesse proposera au juge de la jeunesse ou au tribunal de la jeunesse une mesure complémentaire.

En cas d'hébergement à l'étranger, cette tâche peut être déléguée ou devra, si elle ne peut être déléguée, être accomplie une fois par an par le service de l'aide judiciaire à la jeunesse. Si des mesures complémentaires sont nécessaires, le service de l'aide judiciaire à la jeunesse transmettra rapport au juge de la jeunesse; ce rapport proposera les mesures qui s'imposent.

**Art. 19.** Logement indépendant.

Conformément à l'article 17, § 1<sup>er</sup>, 9<sup>e</sup>, du décret, le tribunal de la jeunesse ou le juge de la jeunesse pourra mandater, sur proposition du service de l'aide judiciaire à la jeunesse, une personne physique ou morale reconnue qui se verra ainsi confier la charge de la surveillance régulière du jeune résidant en logement indépendant.

**Art. 20.** Coopération.

Les structures, services ou organisations reconnues dans le cadre du décret nous pourront, en application de l'article 22 du décret, prendre en charge aucun jeune sans l'accord préalable du chef du service de l'aide judiciaire à la jeunesse en cas de décision d'une autorité dont le siège se situerait hors de la Communauté germanophone.

En cas de besoin d'aide spécifique, un jeune pourra séjourner dans une structure reconnue, même si cette dernière n'est pas reconnue par le secteur de l'aide à la jeunesse ou de la protection des mineurs. Les modalités de cet hébergement seront fixées par convention qui sera signée entre le Ministre et la personne responsable de la structure ou de l'autorité publique qui a la tutelle de la structure en question. La signature de ladite convention entraînera, selon les termes de l'article 22, la reconnaissance de ladite personne.

Le service de l'aide judiciaire à la jeunesse, le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse peut décider de confier l'accompagnement d'un jeune ou de sa famille à un service subventionné ne relevant pas du secteur de l'aide à la jeunesse ou de la protection des mineurs mais reconnu par le Gouvernement de la Communauté germanophone.

CHAPITRE V. — *Service de familles d'accueil***Art. 21.** Manuel qualité pour le service de familles d'accueil.

Les employés du service de familles d'accueil travaillent dans le respect des règles et dispositions reprises dans le manuel qualité de leur service.

**Art. 22.** Placement en famille d'accueil.

Le service assure le placement auprès d'une famille d'accueil à la demande du service d'aide à la jeunesse, du service d'aide judiciaire à la jeunesse ou des autorités centrales de la Communauté en charge de l'adoption, et accompagne le jeune dans la famille retenue.

Après le placement d'un enfant en famille d'accueil, le service signe un contrat de prise en charge avec la famille choisie. Ce contrat reprend les droits et devoirs du service et de la famille d'accueil, ainsi qu'un programme de suivi de l'évolution de l'enfant pris en charge. Le programme de suivi pourra être revu et adapté tous les six mois. Le service de placement transmet à l'autorité qui lui a confié cette tâche et est mentionnée au premier paragraphe, une copie du contrat et, le cas échéant, les avenants qui seraient ajoutés au programme de suivi.

**Art. 23.** Procédure de sélection.

Le service de familles d'accueil organise une fois par an un séminaire de préparation pour les familles candidates. Le séminaire a pour but de préparer les familles candidates à assumer leur tâche d'accueil et dure au moins 25 heures. Avant de participer au séminaire, les familles candidates reçoivent au moins une visite à domicile d'un des collaborateurs du service de familles d'accueil.

Une fois le séminaire terminé, chacun des candidats ayant suivi ledit séminaire passe un entretien d'évaluation avec un collaborateur du service de familles d'accueil. Ensuite, le responsable du service transmet au Ministre un avis et une proposition de reconnaissance ou non de chaque famille d'accueil. Le Ministre décide sur base dudit rapport.

**Art. 24.** Entretien de conclusion.

Tous les six mois, le service organise un entretien avec la famille d'accueil et éventuellement avec l'enfant pris en charge pour tirer quelques conclusions quant à l'évolution de l'enfant et adapte, au besoin, le programme de suivi mentionné à l'article 22 ci-dessus.

**Art. 25.** Formation complémentaire des familles d'accueil.

Le service offre régulièrement des formations complémentaires aux familles d'accueil; ces formations sont utiles aux familles d'accueil dans l'accomplissement de leur tâche.

**Art. 26.** Droit de visite surveillée avec l'enfant placé en famille d'accueil.

Le service organise les contacts entre l'enfant placé en famille d'accueil et sa famille d'origine dans le cadre des règles fixées par le juge ou stipulées dans le contrat de prise en charge.

CHAPITRE VI. — *Service de médiation dans le cadre de la protection de la jeunesse*

**Art. 27.** Manuel qualité.

Les employés du service de médiation travaillent dans le respect des règles et dispositions reprises dans le manuel qualité de leur service.

**Art. 28.** Tâches du service de médiation.

L'employé du service de médiation prend contact avec les personnes concernées pour fixer les modalités de la médiation et s'assure, pendant toute la durée de la médiation, que les personnes qui participent à cette médiation sont entièrement et en tous points d'accord avec cette démarche. Le représentant du service de médiation soumet ensuite un rapport à l'autorité qui lui a assigné cette tâche pour faire état du déroulement de la médiation. Si la médiation débouche sur un accord, l'employé en question rédige un rapport de médiation qui sera ensuite signé par toutes les parties concernées et soumis aux autorités judiciaires afin que ces dernières y donnent suite.

CHAPITRE VII. — *Dispositions d'agrément*

*Section 1<sup>re</sup>.* — Dispositions d'agrément applicables à toutes les prestations de services

**Art. 29.** Formes d'encadrement.

Pour ce qui est de l'agrément et du subventionnement, l'on distingue quatre formes d'encadrement telles que décrites à l'article 20, § 1<sup>er</sup> du décret : l'encadrement ambulatoire, le suivi socio-pédagogique ou thérapeutique intensif individuel, l'accueil familial et l'encadrement résidentiel.

Une personne physique ou morale peut recevoir l'agrément pour la prestation de plusieurs de ces formes d'encadrement.

Le présent chapitre, exception faite de son article 32, ne s'applique pas à une demande de reconnaissance en tant que famille d'accueil.

**Art. 30.** Conditions d'agrément.

§ 1<sup>er</sup>. Les personnes physiques et morales, qui sont amenés à intervenir dans le cadre des dispositions de l'article 20, § 1<sup>er</sup>, 1<sup>er</sup>, 2<sup>e</sup> et 4<sup>e</sup> du décret, doivent répondre aux conditions d'agrément suivantes :

1. Le service doit être presté par une structure qui dispose de son propre statut de personne morale, par un service public ou par une personne physique qui jouit de la formation technique correspondante, et doit faire l'objet d'un contrat d'honoraires.

2. Les personnes qui travaillent avec des jeunes dans le cadre du présent décret ne peuvent avoir, dans le relevé de leur parcours personnel, aucun événement qui pourrait s'avérer inconciliable avec des activités d'aide à la jeunesse.

3. Sans préjudice des dispositions précitées, les personnes citées au point 3 doivent être aptes à assumer les tâches qui leur seront confiées et avoir suivi une formation correspondant à leur tâche, ou être en mesure, en raison de l'expérience particulière dont elles jouissent dans le secteur du travail social, d'accomplir les tâches qui leur seront confiées. Si la tâche confiée l'exige, seuls des spécialistes, voire des spécialistes jouissant d'une formation complémentaire correspondante, pourront se voir confier une telle mission. Par ailleurs, ces personnes devront régulièrement suivre des recyclages liés à leur activité.

La personne à laquelle est confiée la direction de l'organisation accréditée doit au moins être titulaire d'un baccalauréat ou d'une maîtrise. Le Gouvernement pourra autoriser des personnes disposant d'autres types de diplômes à bénéficier de cette accréditation, dans la mesure où elles jouiraient d'une expérience professionnelle particulièrement utile ou d'une formation tout à fait adaptée à la fonction visée, ou dans la mesure où il y aurait une pénurie évidente de personnes présentant les qualifications requises.

4. Les prestataires de services sont tenus de donner toutes les informations nécessaires sur simple demande à leur pouvoir organisateur ou au département spécialisé compétent. Ils rédigent en outre les rapports écrits des entretiens de suivi et de conclusions qui sont organisés régulièrement qu'ils transmettent ensuite au service de l'aide à la jeunesse et au service de l'aide judiciaire à la jeunesse. De plus, à la demande du procureur du Roi ou du juge de la jeunesse, ils enverront un rapport portant sur toutes les personnes qui bénéficient d'un accompagnement dans le cadre du présent décret. Ce rapport reprend le bilan de l'évolution psychosociale du jeune et de sa famille, dans les cas où cette dernière est également accompagnée.

5. Le prestataire de services est tenu de transmettre au plus tard le 1<sup>er</sup> mai de chaque année un rapport annuel détaillé au département spécialisé compétent. Ce rapport contient non seulement des données statistiques, mais aussi des informations sur le déroulement et le développement du travail du prestataire de services.

**Art. 31.** Procédure d'agrération.

§ 1. La demande d'agrération est à envoyer au Ministre et devra contenir les informations ou documents suivants :

1. L'identité du demandeur.
2. Les statuts de l'association ou de l'entreprise lorsqu'il s'agit de personnes morales autres que des administrations publiques.
3. La capacité d'encadrement de la structure.
4. La preuve que le projet de la structure répond à un besoin effectif et s'intègre harmonieusement à l'offre globale d'aide à la jeunesse.
5. Un concept pédagogique, un descriptif des objectifs, de la méthode, de la structure de l'organisation, du mode de coopération avec d'autres structures et services, ainsi qu'un concept d'assurance et de gestion de la qualité.
6. Un descriptif de la (des) fonction(s) et de la (des) qualification(s) du personnel.
7. Pour les prestataires de services mentionnés à l'article 29 du décret, la preuve d'une autorisation d'exercice dans leur implantation d'origine.

Le Ministre prendra une décision dans les trois mois suivant l'introduction de la demande. Une fois ce délai expiré, l'agrération sera considérée comme acquise, même tacitement. La décision sera communiquée sans délai au demandeur.

Une prolongation d'agrération doit être demandée au moins trois mois avant la fin de la validité de l'agrération précédente selon la procédure consacrée au § 1<sup>er</sup>. La demande de prolongation devra être envoyée au Ministre et comprendra les documents mentionnés au § 1<sup>er</sup>, pour autant qu'il y ait eu des modifications dans lesdits documents depuis la date de la première agrération.

**Art. 32.** Suspension ou retrait de l'agrération.

Si une personne physique ou morale ne répond plus aux normes et conditions qui étaient à la base de son agrération, le Ministre peut lui donner un délai de mise à niveau et exiger de cette personne qu'elle fasse la preuve de sa mise à niveau ou fournisse un complément d'information.

Si le Ministre se voit contraint de suspendre ou de retirer l'agrération, il fera part de son intention à la personne. La personne aura ensuite un délai d'un mois après cette notification pour communiquer sa position au Ministre.

Dans le mois suivant la réception de la prise de position de la personne concernée, voire à la fin du délai mentionné dans le paragraphe précédent, le Ministre décidera en dernière instance de la suspension ou du retrait de l'agrération. Cette décision est communiquée sans attendre à la personne concernée.

En cas de suspension de son agrération, la personne ne peut plus accepter aucune nouvelle mission. En cas de retrait de l'agrération, le service doit immédiatement arrêter toutes ses activités.

**Art. 33.** Contrat.

Les articles 29 à 32 s'appliquent également à la signature d'un contrat au terme de l'article 22, § 2, du décret, qui prévoit qu'un projet de contrat soit adressé au Ministre en même temps que la demande d'agrération accompagnée des documents et informations cités à l'article 29. Un retrait d'agrération équivaut à une résiliation du contrat qui peut être dénoncé selon les dispositions consacrées qu'il contient.

*Section 2. — Dispositions d'agrération spécifiques à l'offre d'encadrement ambulatoire***Art. 34.** Personnel d'encadrement.

Les personnes chargées d'un encadrement ambulatoire doivent être détentrices d'un diplôme d'éducateur A2, d'un diplôme de bachelier ou d'une maîtrise en sciences pédagogiques, sociales ou médicales, ou être en dernière année d'études dans l'une de ces orientations professionnelles.

Sur base d'une semaine de 38 heures de travail, une personne présentant le profil mentionné au § 1<sup>er</sup> ne pourra encadrer plus de 20 cas différents. Dans ce calcul, les jeunes vivant à plusieurs au sein de la même famille ne comptent que pour une unité.

*Section 3. — Dispositions d'agrération spécifiques pour l'offre de suivi socio-pédagogique ou thérapeutique intensif individuel***Art. 35.** Personnel d'encadrement.

Les personnes chargées du suivi socio-pédagogique ou thérapeutique intensif individuel doivent être détentrices d'un diplôme de bachelier ou d'une maîtrise en sciences pédagogiques, sociales ou médicales, ou être en dernière année d'études dans l'une de ces orientations professionnelles.

Dans le cadre d'un suivi socio-pédagogique ou thérapeutique intensif individuel, sur base d'une semaine de 38 heures de travail, un membre du personnel employé à temps plein ne pourra assurer l'encadrement que de 5 jeunes maximum.

**Art. 36.** Forme d'encadrement.

Le suivi socio-pédagogique ou thérapeutique intensif individuel peut se présenter sous forme ambulatoire ou résidentielle. En cas d'encadrement ambulatoire, le contact avec le jeune concerné doit avoir lieu au moins trois fois par semaine.

*Section 4. — Dispositions d'agrération spécifiques pour l'accueil familial***Art. 37.** Qualification en tant que famille d'accueil.

§ 2. Pour pouvoir assumer le rôle de famille d'accueil, les candidats doivent au moins remplir les critères de recevabilité suivants :

1. Etre prêts à collaborer avec la famille d'origine dans le respect des dispositions et conditions fixées par le pouvoir organisateur.
2. Pouvoir prendre de la distance par rapport au rôle des parents biologiques.
3. Dans le cas de couples, les deux époux devront accepter l'accueil familial.
4. Avoir un logement adapté et de taille suffisante pour accueillir l'enfant, sans que cet accueil ne limite par trop l'espace disponible aux autres membres de la famille.
5. Etre prêts à entretenir une coopération constructive avec le service des familles d'accueil.
6. Disposer de suffisamment de temps pour répondre aux besoins de l'enfant, surtout en cas d'activité professionnelle concomitante.
7. Présenter un état de bonnes vies et mœurs vierge.

8. Les membres de la famille d'accueil ne doivent présenter aucun problème de dépendance pathologique ou de maladies infectieuses qui pourraient gravement menacer le bien-être de l'enfant. Les parents de la famille d'accueil ne doivent en outre pas souffrir de maladies mortelles.

9. La subsistance du ménage doit être garantie.

10. Les conditions d'hygiène nécessaires au bon accueil de l'enfant doivent être remplies.

**Art. 38.** Tâches d'une famille d'accueil.

Les personnes qui assurent un accueil familial sont, conformément aux dispositions du service de familles d'accueil, responsables de l'éducation et de l'encadrement de l'enfant qui leur est confié.

La famille d'accueil devra veiller à ce que l'enfant dont elle a reçu la charge termine bien sa formation scolaire, sa formation professionnelle ou le projet convenu. La famille d'accueil veillera également à ce que les relations existantes entre l'enfant qui lui est confié et les membres de sa famille ou autre personnes de contact soient maintenues, sauf si ces contacts sont soumis à une limitation de la part du pouvoir organisateur. La prise de contact entre les parents biologiques et la famille d'accueil intervient sur base des informations données par le pouvoir organisateur et dans le cadre de l'accompagnement professionnel assuré par les employés du service de familles d'accueil.

**Art. 39.** Devoirs de la famille d'accueil.

La famille d'accueil s'engage à :

1. Respecter les orientations religieuses ou idéologiques du jeune, qui ont été déterminées par la famille dont il est issu, sauf si cela est limité par le pouvoir organisateur.

2. Sans préjudice du devoir d'information envers le service de familles d'accueil, de ne communiquer aucune information confidentielle sur le devenir de l'enfant et sur ses relations familiales à aucune personne externe, même une fois le rôle de famille d'accueil éteint.

3. Contracter une assurance familiale et responsabilité civile afin de couvrir les dommages qui pourraient éventuellement être causés par le jeune dont la famille d'accueil a la charge.

4. Participer régulièrement à des cercles de discussions, à des formations complémentaires organisées ou à toute autre offre de services émanant du service de familles d'accueil.

5. Autoriser aux employés du service de familles d'accueil, après annonce de leur passage, l'accès au domicile de la famille d'accueil et créer les conditions permettant auxdits employés du service de familles d'accueil d'entrer en contact à tout moment avec l'enfant confié à la famille d'accueil.

**Art. 40.** Nombre maximal d'enfants à charge d'une famille d'accueil.

Il ne peut pas y avoir plus de trois jeunes placés dans la même famille d'accueil. Pour les jeunes qui seraient frères et sœurs, il ne peut pas y avoir plus de cinq frères et sœurs placés dans la même famille d'accueil.

#### Section 5. — Dispositions d'agrément spécifiques à l'offre d'encadrement résidentiel

**Art. 41.** Dispositions d'agrément spécifiques.

Une structure d'encadrement résidentiel doit répondre aux exigences suivantes :

1. Les responsables de structures d'encadrement résidentiel doivent avoir un statut de personne morale.

2. La direction de la structure doit être assurée par une personne détentrice d'un diplôme de bacheliers ou d'une maîtrise en sciences pédagogiques ou sociales.

3. Au moins 60 % du personnel de la structure doit être détenteur d'un diplôme de bachelier ou d'une maîtrise en sciences pédagogiques ou sociales.

4. La structure doit se présenter sous la forme d'unités résidentielles pouvant accueillir chacune au minimum deux jeunes.

5. La structure ne peut assurer l'encadrement résidentiel que dans le cadre du décret ou dans le cadre d'une autre législation portant sur l'aide à la jeunesse ou la protection de la jeunesse au niveau belge ou international. Tout autre type d'accueil pourra être accepté uniquement sur demande expresse et motivée auprès des services du Ministre.

6. Tout encadrement résidentiel d'un jeune dans ce type de structure doit être notifié dans les cinq jours ouvrables de l'admission. De même, la fin d'un encadrement de ce type devra également être notifiée au département spécialisé compétent dans les cinq jours ouvrables.

### CHAPITRE VIII. — Dispositions financières

#### Section 1<sup>re</sup>. — Encadrement ambulatoire

**Art. 42.** Contrat.

Sans préjudice des dispositions suivantes, le montant et les modalités des subventions destinées à couvrir les services de prestataires d'encadrement ambulatoire devront être réglés par contrat.

**Art. 43.** Frais de subsistance.

Les personnes morales et physiques, qui accompagnent les jeunes en résidence indépendante dans le cadre du présent décret, reçoivent, sans préjudice d'autres contrats, une somme journalière forfaitaire de 15,72 EUR destinée à couvrir les frais de subsistance quotidiens pour les jeunes bénéficiant de l'encadrement. Ce montant est lié à l'évolution des salaires de la fonction publique en Communauté germanophone. L'indice de référence est fixé à 138,01.

Ce forfait pour frais de subsistance n'est plus accordé si une mesure d'aide se prolonge une fois que le jeune a atteint sa majorité, conformément aux termes repris à l'article 21 du décret.

Au début de chaque mois, les allocations journalières forfaitaires du mois précédent sont versées à l'organisme ou à la structure qui accompagne le jeune. Cet organisme ou structure gère les sommes ainsi engrangées en collaboration avec le jeune encadré.

**Art. 44.** Activités culturelles, sportives et scolaires.

Les familles qui assurent un encadrement ambulatoire d'un ou plusieurs jeunes dans le cadre de mesures d'aide à la jeunesse peuvent se voir octroyer un montant annuel maximum de 500 EUR par jeune en guise d'aide au financement d'activités culturelles, sportives et scolaires, à condition qu'une demande correspondante d'aide sociale ait été déposée auprès du C.P.A.S. compétent. Si le C.P.A.S. accorde l'aide sociale en question, cette somme sera déduite des aides éventuelles que le Ministère pourrait verser. La demande est introduite par la structure ou l'organisme qui se charge de l'encadrement ambulatoire auprès du département spécialisé et la somme est versée par l'organisme d'encadrement. Cette seconde demande doit être accompagnée de la réponse du C.P.A.S. compétent à la demande de subvention qui lui a été faite. Le Ministre prendra sa décision après consultation des services d'aide à la jeunesse, voire des services d'aide judiciaire à la jeunesse.

*Section 2. — Encadrement résidentiel***Art. 45.** Contrat.

Sans préjudice des dispositions suivantes sur les dépenses exceptionnelles, le montant et les modalités des subventions destinées à couvrir les services de prestataires d'encadrement résidentiel devront être réglés par contrat.

**Art. 46.** Dépenses exceptionnelles.

§ 1<sup>er</sup>. Les structures d'encadrement résidentiel peuvent obtenir remboursement des dépenses exceptionnelles encourues dans le cadre de l'encadrement des jeunes qui y résident, dans les conditions suivantes :

## 1. Dépenses pour soins de santé

Par dépenses pour soins de santé, on entend : les frais de séjour en clinique du jeune encadré, ainsi que les frais de traitement lié à l'intervention du médecin de famille, du pédiatre, d'autres spécialistes en médecine, voire du personnel paramédical. Dans ce dernier cas de figure, les soins auront dû être prescrits au préalable par un médecin généraliste ou un pédiatre.

La visite annuelle préventive chez le dentiste est obligatoire.

Le Ministère assurera également le remboursement de tous les frais résiduels liés aux médicaments prescrits par le médecin.

## 2. Autres dépenses

a. Frais encourus pour couvrir les dépenses du jeune lui permettant de suivre des études en dehors du système scolaire secondaire, qui auront fait l'objet d'une approbation préalable par le Ministre;

b. Frais encourus pour les heures de rattrapage scolaire du jeune;

c. Frais de thérapie du jeune pris en charge;

d. Frais encourus pour des traitements par médecines parallèles.

Le remboursement des dépenses mentionnées aux points 1 et 2 se fait sur une base trimestrielle après soumission des pièces justificatives qui ont été déposées par le département spécialisé accompagnées des décomptes correspondants de la mutuelle.

Pour le remboursement du ticket modérateur, ce sont les dispositions de l'INAMI qui s'appliquent. Pour les séjours en clinique, ce sont les prix pratiqués pour un séjour en chambre collective qui seront retenues.

§ 2. Sur base d'une demande motivée, le Ministre pourra accorder, dans certaines circonstances exceptionnelles, un remboursement qui ne serait pas repris au § 1<sup>er</sup> ci-dessus.

*Section 3. — Accueil familial***Art. 47.** Allocation d'entretien.

Les personnes qui prennent en charge un accueil familial reçoivent, pour couvrir les frais de subsistance, en ce inclus les frais de logement, les frais scolaires et de loisirs, ainsi que les frais de transport pour les jeunes accueillis, un forfait journalier par jeune pris en charge. Ce dédommagement est nommé allocation d'entretien.

Le montant de l'allocation d'entretien est de 14,22 EUR pour les familles d'accueil qui s'occupent d'un ou de deux enfants. Le montant de l'allocation d'entretien est de 15,72 EUR pour les familles qui s'occupent de trois enfants ou plus.

Les montants des allocations d'entretien sont liés à l'indexation des salaires du service public de la Communauté germanophone. L'indice de référence pour les montants susmentionnés est 138,01 en date de l'entrée en vigueur du présent décret.

L'allocation d'entretien est versée sur une base mensuelle. Elle est minorée du montant des allocations familiales qui sont versées pour le jeune pris en charge à la famille d'accueil, exception faite des allocations complémentaires pour enfants handicapés, travailleurs invalides, chômeurs et retraités.

**Art. 48.** Dépenses exceptionnelles.

L'article 46 sur les dépenses exceptionnelles s'applique également aux situations d'accueil familial.

*Section 4. — Coopération***Art. 49.** Calcul des coûts.

Sans préjudice des accords de coopération belges ou internationaux présentant des dispositions contraires, et sans préjudice de l'entraide administrative, le prestataire de services facturera les frais de logement ou d'encadrement encourus en application de l'article 18, § 2, du décret au pouvoir organisateur.

*Section 5. — Participation aux frais des personnes chargées de l'éducation***Art. 50.** Calcul du ticket modérateur.

En cas d'encadrement résidentiel ou d'accueil familial, les débiteurs d'aliments sont tenus de participer aux frais d'encadrement sur base des règles mentionnées ci-dessous.

Le ticket modérateur des débiteurs d'aliments est calculé en fonction du revenu net et du nombre d'enfants à charge, sur base du tableau fourni par le pouvoir organisateur et figurant en annexe du présent décret. Si les débiteurs d'aliments constituent un ménage commun, le calcul du ticket modérateur tiendra compte du revenu net commun desdits débiteurs d'aliments. Chacun des débiteurs d'aliments est solidairement responsable pour le paiement du ticket modérateur.



Si les débiteurs d'aliments vivent dans deux ménages séparés, le revenu net de chacun des deux débiteurs d'aliments sera pris en compte séparément. Dans ce cas, la responsabilité du paiement du ticket modérateur ne sera pas solidaire pour les débiteurs d'aliments.

La personne en position de débiteurs d'aliments est tenue de transmettre aux services d'aide à la jeunesse, voire au service d'aide judiciaire à la jeunesse, l'ensemble des données nécessaires au calcul de son ticket modérateur. Si la personne en question ne s'acquiesce pas de cette tâche, le pouvoir organisateur pourra lui imposer un montant maximal. Chaque mois, le débiteur d'aliments versera son ticket modérateur sur le compte communiqué par le département spécialisé. Le débiteur d'aliments est tenu d'informer les services compétents de toute modification du revenu du ménage ou de la composition du ménage, afin qu'une modification du montant de son ticket modérateur soit éventuellement appliquée. Le pouvoir organisateur informe le département spécialisé de sa décision quant au montant du ticket modérateur.

**Art. 51.** Exceptions.

En dérogation à l'article 50, un ticket modérateur réduit pourra être imposé lorsque :

1. Le débiteur d'aliments bénéficie d'un revenu d'insertion.
2. Le débiteur d'aliments ne bénéficie que d'une allocation de chômage ou d'une pension pour cause de maladie.
3. Plusieurs enfants séjournent dans la même famille.
4. Le débiteur d'aliments rembourse une dette sur une longue période de manière avérée et régulière.
5. D'autres circonstances sociales justifient les difficultés financières du débiteur d'aliments.

Le montant minimum du ticket modérateur par débiteur d'aliments est fixé à 10 EUR par mois.

Si un débiteur d'aliments a déjà été tenu, avant l'introduction de mesures d'encadrement, sur base d'un jugement ou d'un accord, de payer les frais d'hébergement d'un jeune, le ticket modérateur correspondra au montant de ces frais d'hébergement.

Lorsqu'une famille dont l'enfant bénéficie d'un encadrement résidentiel reçoit des allocations familiales de l'étranger, deux tiers du montant des allocations familiales en question seront retenus par le Ministère, quel que soit le montant du ticket modérateur appliqué pour le jeune en question.

**Art. 52.** Prolongation de la mesure éducative.

En cas de prolongation de l'encadrement résidentiel au-delà de l'âge de la majorité du jeune, le paiement du ticket modérateur devra se poursuivre.

**Art. 53.** Recouvrement de paiements échus.

Le bureau d'enregistrement du Ministère des Finances peut se voir confier par le Ministère le recouvrement des paiements échus du ticket modérateur. A dater du contrat, de la décision ou du jugement en la matière, les paiements échus pourront faire l'objet d'un recouvrement rétroactif sur vingt-quatre mois.

CHAPITRE IX. — *Secret professionnel et protection des données à caractère personnel*

**Art. 54.** Droit de regard.

Dans l'esprit du droit de regard mentionné à l'article 31 du décret, la partie concernée adresse une demande écrite au chef de service. Les conseils juridiques doivent communiquer les coordonnées des personnes dont elles représentent les intérêts.

Si sa demande est acceptée, le demandeur se verra communiquer, dans les quatorze jours suivant le dépôt de la demande, le lieu et l'heure auxquels il pourra avoir accès au dossier. Si sa demande est refusée, le chef de service communiquera les raisons du refus au demandeur dans les mêmes délais. Dans les trente jours suivant l'envoi de la lettre de refus, le demandeur a le droit d'interjeter appel auprès du supérieur hiérarchique du chef de service. Le supérieur hiérarchique pourra, s'il le souhaite, modifier la décision du chef de service et donner droit de regard au demandeur.

Le chef de service donnera au demandeur les informations nécessaires à un droit de regard dans le dossier.

CHAPITRE X. — *Recours*

**Art. 55.** Personnes physiques et personnes morales.

La commission de recours mentionnée à l'article 34, § 1<sup>er</sup>, du décret est composée d'un représentant du Gouvernement, du chef du service du département spécialisé et d'un expert indépendant. Les membres de la commission de recours sont nommés par le Ministre.

Les membres de la commission de recours ont droit à un jeton de présence et au remboursement de leurs frais de déplacement, conformément aux règles en vigueur pour les commissions consultatives en Communauté germanophone.

**Art. 56.** Services du Ministère.

Toute personne qui a une plainte à formuler quant au travail des services mentionnés à l'article 34, § 3, du décret devra adresser ladite plainte par écrit aux supérieurs hiérarchiques du service correspondant.

Non seulement la personne qui a introduit un recours, mais aussi la personne visée par le recours, ont le droit d'être entendus sur le fond de l'affaire par la hiérarchie de la personne incriminée. Chaque recours, ainsi que son issue, sera consigné dans un registre expressément prévu à cet effet. La plainte ne peut être considérée comme une opposition à la décision prise en soi.

CHAPITRE XI. — *Dispositions finales*

**Art. 57.** Dispositions d'abrogation.

Sont abrogés par le présent décret :

1. L'arrêté du Gouvernement en date du 20 décembre 1995 réglant la reconnaissance et le subventionnement de personnes et d'institutions accompagnant et assistant les jeunes, tel qu'amendé par l'arrêté du 11 février 2003.
2. L'arrêté du Gouvernement du 2 juillet 1998 portant réglementation des jetons de présence et indemnités de déplacement pour les membres, membres dirigeants, chefs de commissions, présidents de groupes de travail et experts du Conseil de l'aide à la jeunesse.
3. L'arrêté du Gouvernement du 9 janvier 1998 relatif à la reconnaissance, à la fixation de l'allocation d'entretien et des allocations spéciales allouées aux personnes morales pour la guidance de jeunes placés, tel qu'amendé par les arrêtés du 23 janvier 2001 et du 9 septembre 2003.
4. L'arrêté du Gouvernement du 2 mars 2001 pourtant sur la reconnaissance et le subventionnement de personnes morales qui se chargent de l'encadrement résidentiel ou ambulatoire de jeunes.

5. L'arrêté du Gouvernement du 20 juin 2002 portant création du service d'aide à la jeunesse et du service d'aide judiciaire à la jeunesse.

6. L'arrêté du Gouvernement du 23 août 2001 établissant le siège et portant nomination des membres du Conseil de l'aide à la jeunesse et de son bureau, tel qu'amendé par les arrêtés des 19 mai 2003 et 26 avril 2005.

7. Le décret du Gouvernement du 10 avril 2003 fixant la participation des débiteurs d'aliments aux frais relatifs aux mesures de placement exécutées dans le cadre du décret relatif à l'aide à la jeunesse.

**Art. 58.** Dispositions de mise en œuvre.

La mise en œuvre du présent décret est confiée au Ministre en charge des Affaires sociales.

Eupen, le 14 mai 2009.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,  
Ministre des Pouvoirs locaux,  
K.-H. LAMBERTZ

Le Vice-Ministre-Président,  
Ministre de la Formation et de l'Emploi, des Affaires sociales et du Tourisme,  
B. GENTGES

Annexe I<sup>e</sup>

Annexe au décret du Gouvernement du 14 mai 2009  
relatif à l'aide à la jeunesse et à la protection de la jeunesse

Ticket modérateur mensuel en €	Revenu net du débiteur d'aliments en €			
	Sans enfant*	Avec 1 enfant*	Avec 2 enfants*	Avec 3 enfants ou plus*
	De/à	De/à	De/à	De/à
10	Jusqu'à 700	Jusqu'à 900	Jusqu'à 950	Jusqu'à 1.000
20	701-750	901-950	951-1.000	1.001-1.050
30	751-800	951-1.000	1.001-1.050	1.051-1.100
40	801-850	1.001-1.050	1.051-1.100	1.101-1.150
50	851-900	1.051-1.100	1.101-1.150	1.151-1.200
60	901-950	1.101-1.150	1.151-1.200	1.201-1.250
70	951-1.000	1.151-1.200	1.201-1.250	1.251-1.300
80	1.001-1.050	1.201-1.250	1.251-1.300	1.301-1.350
90	1.051-1.100	1.251-1.300	1.301-1.350	1.351-1.400
100	1.101-1.150	1.301-1.350	1.351-1.400	1.401-1.450
110	1.151-1.200	1.351-1.400	1.401-1.450	1.451-1.500
120	1.201-1.250	1.401-1.450	1.451-1.500	1.501-1.550
130	1.251-1.300	1.451-1.500	1.501-1.550	1.551-1.600
140	1.301-1.350	1.501-1.550	1.551-1.600	1.601-1.650
150	1.351-1.400	1.551-1.600	1.601-1.650	1.651-1.700
160	1.401-1.450	1.601-1.650	1.651-1.700	1.701-1.750
170	1.451-1.500	1.651-1.700	1.701-1.750	1.751-1.800
180	1.501-1.550	1.701-1.750	1.751-1.800	1.801-1.850
190	1.551-1.600	1.751-1.800	1.801-1.850	1.851-1.900
200	1.601-1.700	1.801-1.850	1.851-1.900	1.901-2.000
225	1.701-1.800	1.851-2.000	1.901-2.100	2.001-2.150
250	1.801-1.900	2.001-2.200	2.101-2.300	2.151-2.400
300	plus de 1.900	plus de 2.200	plus de 2.300	plus de 2.400

(\*) Le(s) jeune(s) hébergé(s) n'est pas (ne sont pas) considéré(s) comme personne(s) à charge. Le montant est calculé sur base du nombre d'enfants ou d'adolescents qui vivent encore à la charge du ménage dont fait partie le débiteur d'aliments.

Document rédigé pour être ajouté au décret du 14 mai 2009 relatif à l'aide à la jeunesse et à la protection de la jeunesse;

Le Ministre-Président,  
Ministre des Pouvoirs locaux,

K.-H. LAMBERTZ

Le Vice-Ministre-Président,  
Ministre de la Formation et de l'Emploi, des Affaires sociales et du Tourisme,

B. GENTGES

## VERTALING

## MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2009 — 3590

[2009/203941]

**14 MEI 2009. — Besluit van de Regering inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming**

Gelet op de Richtlijn 2005/36/EG van het Europees Parlement en de Raad van 7 september 2005 betreffende de erkenning van beroepskwalificaties;

Gelet op artikel 39, lid 3, artikel 43 en artikel 49 van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap;

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, in het bijzonder de artikelen 20 en 87, § 1;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming van de instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, in het bijzonder de artikelen 7 en 54, lid 1;

Gelet op het decreet van 8 juni 1987 betreffende het verstrekken van een machtiging aan de BTW-administratie en aan de Administratie van de Registratie en Domeinen om bepaalde vermogensrechtelijke transacties door te voeren voor de Duitstalige Gemeenschap en voor de van haar afhankelijke organismen van openbaar nut;

Gelet op het decreet van 19 mei 2008 betreffende de jeugdbijstand en de omzetting van maatregelen voor jeugdbijstand, in het bijzonder de artikelen 5, 6, 8, 15, 17, 22, 25, 26, 27, 31, 32 en 34;

Gelet op het besluit van de Regering van 20 december 1995 betreffende de erkenning en subsidiëring van personen en instellingen voor de begeleiding van jongeren, gewijzigd door het besluit van 11 februari 2003;

Gelet op het besluit van de Regering van 9 januari 1998 betreffende de erkenning, de bepaling van het pleeggeld en de bijzondere premies voor natuurlijke personen die instaan voor de begeleiding van geplaatste jongeren, gewijzigd door de besluiten van 23 januari 2001 en van 9 september 2003;

Gelet op het besluit van de Regering van 2 maart 2001 betreffende de erkenning en subsidiëring van rechtspersonen die jongeren stationair of ambulante begeleiden;

Gelet op het besluit van de Regering van 23 augustus 2001 houdende bepaling van de zetel en houdende benoeming van de leden en van het directiecomité van de raad voor jeugdbijstand, gewijzigd door de besluiten van 19 mei 2003 en van 26 april 2005;

Gelet op het besluit van de Regering van 20 juni 2002 houdende aanduiding van de diensthoofden van de dienst voor jeugdbijstand en de dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand;

Gelet op het besluit van de Regering van 10 april 2003 houdende participatie van alimentatie verschuldigde personen aan de kosten die betrekking hebben op huisvestingsmaatregelen die in het kader van het decreet over de jeugdbijstand worden genomen;

Gelet op het overleg tussen de federale Regering en de Regering van de Duitstalige Gemeenschap in overeenstemming met artikel 6, § 3bis, nr. 4 van de bijzondere wet van 8 augustus 1980, dat op basis van artikel 5, § 1 van de wet van 31 december 1983 van toepassing is op de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het advies van de Inspecteur van Financiën d.d. 9 januari 2009;

Gelet op de goedkeuring door de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 29 januari 2009;

Gelet op het advies 46.084/3 van de Raad van State, dat op 17 maart 2009 overeenkomstig artikel 84, eerste lid, nr. 1 van de gecoördineerde wetten over de Raad van State d.d. 12 januari 1973 werd geformuleerd;

Op voorstel van de Vice-Minister-President, Minister van Vorming en Tewerkstelling, Sociale Zaken en Toerisme;

Na beraadslaging,

Besluit :

HOOFDSTUK I. — *Algemene bepalingen***Artikel 1.** Definities.

Bij de toepassing van onderhavig besluit moet onder de onderstaande begrippen het volgende worden verstaan :

1. Decreet : het decreet van 19 mei 2008 over de jeugdbijstand en houdende omzetting van maatregelen inzake jeugdbescherming.

2. Kwaliteitshandboek : het Kwaliteitshandboek dat in artikel 3 van het decreet vermeld is.

3. Plaatsing in pleeggezinnen : de begeleidingsvorm die in artikel 20, § 1, 3, van het decreet beschreven is.

4. Minister : de Minister uit de Regering van de Duitstalige Gemeenschap die voor Jeugdbijstand bevoegd is.

5. Dienstverantwoordelijke : de persoon die door de Regering belast wordt met de leiding van de respectieve dienst.

6. Personen : natuurlijke personen of rechtspersonen die krachtens artikelen 22 of 29 van het decreet kunnen worden erkend.

7. Ministerie : Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap.

8. Afdeling : de afdeling die binnen het ministerie specifiek bevoegd is voor jeugdbijstand.

9. O.C.M.W. : Openbaar Centrum voor Maatschappelijk Welzijn.

10. Beheerscontract : het contract dat in artikel 22, § 2, van het decreet is voorzien.

11. Opdrachtgever : de jeugdrechter, de jeugdrechtbank, de procureur des Konings of de dienst voor jeugdbijstand.

12. Gerechtelijke instantie : de jeugdrechter, de jeugdrechtbank of de procureur des Konings.

**Art. 2.** Begeleidingscomité voor de jeugdbijstand.

Het begeleidingscomité voor de jeugdbijstand, hierna "begeleidingscomité" genoemd, wordt in overeenstemming met de in artikel 5, § 1, 2e lid van het decreet bepaalde minimumbezetting samengesteld. De Minister benoemt de in artikel 3 van dit decreet vermelde coördinator en de leden en de vervangende leden in overeenstemming met artikel 5 van het decreet.

De leden en plaatsvervangende leden van het begeleidingscomité hebben recht op een presentiegeld en op terugbetaling van hun reiskosten volgens de regeling die in de Duitstalige Gemeenschap van toepassing is voor adviserende instanties.

Het begeleidingscomité kan elke persoon die nuttig is bij de uitvoering van de opdrachten van het begeleidingscomité, bij de beraadslagingen betrekken. Inzake vergoeding van reiskosten en inzake presentiegeld gelden voor deze personen dezelfde regels als voor de leden van het begeleidingscomité.

Het begeleidingscomité komt in elk kalenderjaar minstens vier vergaderingen.

**Art. 3.** Coördinator.

De gespecialiseerde medewerker die in artikel 5 van het decreet wordt vermeld en die hierna "coördinator" wordt genoemd, vervult volgende opdrachten :

1. het samenroepen van het begeleidingscomité;
2. indien nodig, het instellen van projectgroepen;
3. het ondersteunen van de informatie-uitwisseling tussen het forum voor jeugdhulp, het begeleidingscomité, diens projectgroepen, de diensten die in de jeugdbijstand actief zijn, en de gespecialiseerde afdelingen van het ministerie;
4. het opstellen van een verslag over de activiteiten van het begeleidingscomité in de afgelopen twee jaar en om de twee jaar het opstellen van een behoeftenanalyse conform 5, § 2, nr. 2 van het decreet zijn vastgelegd. De leden van het begeleidingscomité worden bij die rapportering en bij die behoeftenanalyse betrokken.

**Art. 4.** Preventie.

Overeenkomstig artikel 6 in fine van het decreet kan de Minister op voorstel van het begeleidingscomité een erkende organisatie in het kader van bijzondere initiatieven belasten met de uitvoering van een preventieproject.

HOOFDSTUK II. — *Vrijwillige jeugdbijstand***Art. 5.** Kwaliteitshandboek van de dienst voor jeugdbijstand.

De medewerkers van de dienst voor jeugdbijstand werken volgens de principes en richtlijnen die in het kwaliteitshandboek van hun dienst zijn vastgelegd.

**Art. 6.** Bevoegdheid van de dienst voor jeugdbijstand.

De dienstdoende medewerker controleert of de dienst gelet op de toepassing van het decreet bevoegd is voor de aanvraag. Indien de dienst niet bevoegd is voor de aanvraag, verstrekt de medewerker de gegevens van de bevoegde dienst aan de aanvrager.

**Art. 7.** Opdrachten van de dienst voor jeugdbijstand.

De medewerkers van de dienst voor jeugdbijstand informeren, oriënteren en adviseren personen en diensten die een aanvraag indienen. Elke situatie moet onderzocht worden met het oog op een mogelijk gevaar voor de jongere. Als een consultatie of een oriënterend gesprek niet volstaan en als de in artikel 2 van het decreet vermelde voorwaarden vervuld zijn, komt de dienst voor jeugdbijstand tussenbeide.

Vooraleer de dienst voor jeugdbijstand aan een erkende natuurlijke persoon of rechtspersoon opdracht geeft om een jongere in het kader van een hulpverleningsovereenkomst te begeleiden, maakt de dienst voor jeugdbijstand een anamnese van de jongere of geeft zij opdracht tot het maken van een dergelijke anamnese.

**Art. 8.** Hulpverleningsovereenkomst.

De hulpverleningsovereenkomst die overeenkomstig artikel 13 van het decreet afgesloten wordt, moet door de dienstverantwoordelijke of diens plaatsvervanger mede ondertekend worden.

**Art. 9.** Planificatiegesprek.

Zes maand na de ondertekening van de hulpverleningsovereenkomst en vervolgens alle zes maand wordt met de betrokkene een planificatiegesprek gevoerd. Dit gesprek wordt geleid door de medewerker die met het dossier is belast. Bij maatregelen die een duur van drie jaar overschrijden, vindt eenmaal per jaar een dergelijk planificatiegesprek plaats, het kan echter op verzoek van één van de betrokken partijen ook vervroegd plaatsvinden.

Bij onderbrenging in het buitenland kan deze opdracht gedelegeerd worden. Als dit niet gebeurt, moet deze opdracht eenmaal per jaar door de dienst worden uitgevoerd.

Het planificatiegesprek heeft tot doel de uitvoering van het overeengekomen hulpprogramma te controleren en eventueel aan te passen aan nieuwe omstandigheden en ontwikkelingen.

**Art. 10.** Bemiddeling.

Het verzoek om bemiddeling, dat in artikel 16, § 1, van het decreet beschreven staat, moet bij de dienstverantwoordelijke schriftelijk of rechtstreeks bij de betrokken bemiddelaar worden ingediend. Behalve in gevallen met acuut gevaar hebben de partijen na de schriftelijke mededeling over het beëindigen van de tussenkomst van de dienst voor jeugdbijstand vijf werkdagen tijd om een verzoek om bemiddeling te stellen. Het bemiddelingsgesprek vindt plaats binnen de tien werkdagen, te tellen vanaf de ontvangst van het verzoek. Bij dit gesprek nodigt de bemiddelaar de betrokken jongere, de personen die krachtens artikel 13, § 3, van het decreet belast zijn met de opvoeding, en de medewerker die in de dienst voor jeugdbijstand met het dossier belast is, uit. Na het bemiddelingsgesprek maakt de bemiddelaar aan de partijen binnen de vijf werkdagen een verslag met de resultaten van het gesprek over.

De bemiddelaar wordt door de Regering aangeduid en hij moet door de federale bemiddelingscommissie erkend zijn als bemiddelaar in gezinsangelegenheden.

In geval van acuut gevaar maakt de dienstverantwoordelijke het dossier met een schriftelijke motivering van dit acute gevaar onverwijld over aan de procureur des Konings, zonder dat de mogelijkheid voor de in lid 1 beschreven bemiddeling bestaat.

**Art. 11.** Einde van de tussenkomst.

De tussenkomst van de dienst voor jeugdbijstand wordt beëindigd :

1. hetzij door een beslissing van de dienstverantwoordelijke;
2. hetzij zodra de jeugdrechter of de jeugdrechtbank een maatregel in het kader van de gerechtelijke jeugdbijstand heeft opgelegd, met uitzondering van de maatregelen die in artikel 16, § 2, van het decreet beschreven zijn.

HOOFDSTUK III. — *Gerechtelijke jeugdbijstand***Art. 12.** Kwaliteitshandboek van de dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand.

De medewerkers van de dienst voor jeugdbijstand werken volgens de principes en richtlijnen die in het kwaliteitshandboek van hun dienst zijn vastgelegd.

**Art. 13.** Opdrachten van de dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand.

De medewerker die met een dossier wordt belast, voert een maatschappelijk onderzoek uit om zo de gezinstoestand te analyseren en adviezen voor te ondernemen acties uit te werken. Na het afronden van het maatschappelijke onderzoek stelt de medewerker die met het dossier is belast, een maatschappelijk verslag op voor de opdrachtgever. In overeenstemming met artikel 15, § 2, van het decreet omvat dit verslag een anamnese van de jongere.

**Art. 14.** Overeenkomst.

Ter uitvoering van een beslissing van de gerechtelijke instantie kan de dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand een overeenkomst sluiten met erkende natuurlijke personen en rechtspersonen die de vereiste maatregel moeten uitvoeren. In die overeenkomst wordt onder andere de precieze doelstelling vastgelegd. Er wordt een kopie van de overeenkomst overhandigd aan de jongere op wie deze maatregel betrekking heeft, aan de personen die belast zijn met de opvoeding en die de overeenkomst in voorkomend geval mede ondertekenen, en aan de betrokken gerechtelijke instantie.

**Art. 15.** Evaluatiegesprek.

Vier maand na de bekendmaking van het vonnis respectievelijk van het besluit en vervolgens om de zes maand vindt onder leiding van de medewerker die met het dossier belast werd, een evaluatiegesprek met de betrokkenen plaats.

Bij maatregelen met een duur van meer dan drie jaar vindt het evaluatiegesprek eenmaal per jaar plaats, maar het kan op verzoek van een betrokkene ook vervroegd worden. Dit gesprek heeft tot doel toe te zien op de uitvoering van de beslissing van de jeugdrechtbank en aan de gerechtelijke instantie eventueel op basis van nieuwe omstandigheden en ontwikkelingen een aanpassing van de beslissing voor te stellen.

**Art. 16.** Begeleiding door de dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand.

De dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand kan in het kader van de in artikel 17, § 1, van het decreet vastgelegde maatregelen belast worden met de begeleiding van de personen die belast zijn met de opvoeding van de jongere. Bij het invullen van die opdracht houdt hij rekening met de diensten die de jongere begeleiden.

HOOFDSTUK IV. — *Maatregelen in de jeugdbijstand en in de jeugdbescherming***Art. 17.** Projecten.

In overeenstemming met artikel 17, § 1, 4, van het decreet kan de Regering in het kader van een conventie projecten steunen, voor zover het om innovatieve voorstellen uit het domein van de jeugdbijstand of de jeugdbescherming gaat die aan een aangetoonde behoefte beantwoorden.

Een jaar na het begin van het project dient de verantwoordelijke persoon bij de minister een evaluatie in. De minister beslist over de verdere financiële ondersteuning van het project tijdens een bijkomende periode van maximaal drie jaar. Na afloop van deze termijn is financiële steun nog uitsluitend mogelijk in overeenstemming met artikel 22 van het decreet.

**Art. 18.** Toezicht door de dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand.

In overeenstemming met artikel 17, § 1, 5, van het decreet bestaat het toezicht door de dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand erin dat de jongere regelmatig en minstens eenmaal per drie maand wordt bezocht om te controleren of betrokkene zich positief ontwikkelt wat de oorzaak voor de door de jeugdrechtbank getroffen maatregel betreft. Eventueel stelt de dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand aan de jeugdrechter of aan de jeugdrechtbank een bijkomende maatregel voor.

Bij onderbrenging in het buitenland kan deze taak gedelegeerd worden. Als ze niet wordt gedelegeerd, moet ze eenmaal per jaar door de dienst worden uitgevoerd.

Als er bijkomende maatregelen vereist zijn, maakt de dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand aan de jeugdrechter een verslag over waarin een aangepaste maatregel wordt voorgesteld.

**Art. 19.** Zelfstandig wonen.

In overeenstemming met artikel 17, § 1, 9, van het decreet geeft de jeugdrechtbank resp. de jeugdrechter aan een erkende rechtspersoon of natuurlijke persoon opdracht om in te staan voor het toezicht op de jongere die zelfstandig woont.

**Art. 20.** Samenwerking.

De inrichtingen, diensten en organisaties die erkend zijn in het kader van het decreet, mogen in overeenstemming met artikel 22 van het decreet zonder voorafgaande toestemming van de dienstverantwoordelijke geen jongere opnemen op basis van een besluit van een instantie die buiten de Duitstalige Gemeenschap is gevestigd.

Op basis van een behoefte aan specifieke hulp kan een jongere ondergebracht worden in een erkende instelling die niet in het domein van de jeugdbijstand of de jeugdbescherming is erkend. De modaliteiten voor de onderbrenging worden vastgelegd in een overeenkomst die gesloten wordt door de minister en door de verantwoordelijke persoon. Met het afsluiten van de overeenkomst geldt deze persoon als erkend krachtens artikel 22 van het decreet.

De dienst voor jeugdbijstand, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan beslissen dat een dienst die door de Regering van de Duitstalige Gemeenschap gesubsidieerd wordt in een ander domein dan de jeugdbijstand of de jeugdbescherming, de begeleiding van de jongere of zijn gezin op zich moet nemen.

HOOFDSTUK V. — *Dienst voor pleeggezinnen*

**Art. 21.** Kwaliteitshandboek voor de dienst voor pleeggezinnen.

De medewerkers van de dienst voor pleeggezinnen werken volgens de principes en richtlijnen die in het kwaliteitshandboek van hun dienst zijn vastgelegd.

**Art. 22.** Plaatsing in pleeggezinnen.

De dienst bemiddelt bij het vinden van pleeggezinnen op verzoek van de dienst voor jeugdbijstand, de dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand of de centrale dienst adoptie van de Duitstalige Gemeenschap en hij begeleidt de jongere binnen het geselecteerde gezin.

Na de plaatsing van een kind in een pleeggezin sluit de dienst met het betrokken gezin een begeleidingsovereenkomst. In die overeenkomst worden de rechten en de plichten van de dienst en van het pleeggezin evenals een ontwikkelingsprogramma voor het kind vastgelegd. Het ontwikkelingsprogramma kan om de zes maand aangepast worden. De dienst maakt aan de opdrachtgevende dienst die in het eerste lid vermeld is, een kopie van de overeenkomst en het ontwikkelingsprogramma over.

**Art. 23.** Selectieprocedure.

De dienst voor pleeggezinnen organiseert eenmaal per jaar een voorbereidend seminarie voor kandidaat-pleeggezinnen. Het seminarie moet de kandidaten voorbereiden op een eventuele opdracht als pleeggezin en omvat minstens 25 uur. De deelname aan het seminarie wordt voorafgegaan door minstens een huisbezoek van een medewerker van de dienst voor pleeggezinnen aan de kandidaat.

Het seminarie wordt voor elke kandidaat die het seminarie heeft gevolgd, gevolgd door een sollicitatiegesprek met een medewerker van de dienst voor pleeggezinnen. Vervolgens maakt de dienstverantwoordelijke een advies en een voorstel voor het erkennen of weigeren van een erkenning als pleeggezin over aan de minister. De minister beslist op basis van het advies.

**Art. 24.** Evaluatiegesprek.

De dienst voert met het pleeggezin en, in voorkomend geval, met het pleegkind alle zes maand een evaluatiegesprek over de stand van zaken qua ontwikkeling van het kind en hij past, indien nodig, het ontwikkelingsprogramma aan dat in artikel 22 vermeld is.

**Art. 25.** Bijscholing van de pleeggezinnen.

De dienst biedt aan de pleeggezinnen regelmatig bijscholing aan die voor de pleeggezinnen nuttig zijn bij het vervullen van hun opdrachten.

**Art. 26.** Regeling voor de begeleidde omgang met het pleegkind.

De dienst garandeert de contacten tussen het pleegkind en zijn oorspronkelijke gezin binnen de voorwaarden die door de rechter of in de overeenkomst voor jeugdbijstand zijn opgelegd.

HOOFDSTUK VI. — *Dienst bemiddeling in het kader van de jeugdbescherming*

**Art. 27.** Kwaliteitshandboek.

De medewerkers van de dienst bemiddeling werken volgens de principes en richtlijnen die in het kwaliteitshandboek van hun dienst zijn vastgelegd.

**Art. 28.** Opdrachten van de dienst bemiddeling.

De medewerker van de dienst bemiddeling neemt met de betrokken personen contact op om de modaliteiten van de bemiddeling te bepalen, en hij vergewist zich tijdens de integrale bemiddeling ervan of de personen die aan de bemiddeling deelnemen, hiermee uitdrukkelijk en zonder voorbehoud akkoord gaan. Hij maakt aan de opdrachtgever een verslag over het verloop van de bemiddeling over. Indien er overeenstemming wordt bereikt, maakt de medewerker een bemiddelingsverslag op dat door alle betrokkenen wordt ondertekend en dat met het oog op de verdere afhandeling aan de gerechtelijke instantie wordt overgemaakt.

HOOFDSTUK VII. — *Bepalingen inzake erkenning**Afdeling 1. — Bepalingen inzake erkenning die op alle diensten toepasselijk zijn*

**Art. 29.** Begeleidingsvormen.

Bij de erkenning en subsidiëring wordt een onderscheid gemaakt tussen de vier vormen van begeleiding die in artikel 20, § 1, van het decreet beschreven staan: ambulante begeleiding, intensieve sociaal-pedagogische of therapeutische individuele begeleiding, plaatsing in een pleeggezin en stationaire begeleiding.

Een natuurlijke persoon of rechtspersoon kan voor meerdere van deze begeleidingsvormen erkend worden.

Voorliggend lid is met uitzondering van artikel 32 niet van toepassing op een aanvraag om erkenning als pleeggezin.

**Art. 30.** Voorwaarden voor een erkenning.

§ 1. De personen die in het kader van artikel 20, § 1, 1., 2e en 4e lid van het decreet actief zijn, moeten met het oog op erkenning aan volgende voorwaarden voldoen:

1. De dienst moet door een persoon die over een eigen rechtspersoonlijkheid beschikt, door een openbare dienst of door een natuurlijke persoon met respectieve beroepsopleiding in het kader van een honorariumovereenkomst worden geleverd.

2. De personen die in het kader van onderhavig decreet met jongeren werken, mogen in hun getuigschrift van goed gedrag en zeden geen vermelding hebben opgelopen die onverenigbaar is met een taak in het domein van de jeugdbijstand.

3. Onverminderd onderstaande bepalingen moeten de personen die in punt 3 zijn vermeld, geschikt zijn voor de respectieve opdracht en een opleiding hebben genoten die met deze opdracht strookt of op basis van bijzondere ervaring in het sociaal werk in staat zijn om deze taak te vervullen. Voor zover de respectieve opdracht dit vereist, mag de uitvoering van de opdracht alleen worden toevertrouwd aan gespecialiseerde medewerkers respectievelijk gespecialiseerde medewerkers met een overeenkomstige bijkomende opleiding. Deze personen moeten tevens regelmatig aan bijscholing over hun vakgebied deelnemen.

De persoon die belast is met de leiding van een erkende organisatie, moet minstens over een diploma van bachelor of master beschikken. De Regering kan houders van andere kwalificaties toelaten, voor zover zij over buitengewone nuttige beroepservaring of een bijzondere opleiding voor de betrokken functie beschikken of voor zover voor de gevraagde kwalificatie een aangetoond tekort aan werknemers bestaat.

4. De dienstverlener is ertoe verplicht aan de opdrachtgever en de afdeling op verzoek de nodige inlichtingen over te maken. Zij maken aan de dienst voor jeugdbijstand en de dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand schriftelijke verslagen over met het oog op de planificatiegesprekken respectievelijk de evaluatiegesprekken. Bovendien bezorgen zij aan de procureur des Konings of aan de jeugdrechter op verzoek een verslag over de personen die in het kader van onderhavig decreet begeleid worden. Dit verslag bevat een overzicht als samenvatting van de psychosociale ontwikkeling van de jongere en van zijn of haar gezin, voor zover het gezin ook wordt begeleid.

5. De dienstverlener is ertoe verplicht aan de afdeling uiterlijk op 1 mei van elk jaar een uitvoerig activiteitenverslag over te maken. Het verslag bevat zowel statistische gegevens als ook informatie over het verloop en de ontwikkeling van het werk.

§ 2. Als de aanvrager die in het kader van de jeugdbijstand of jeugdbescherming regelmatig jongeren opneemt of begeleidt, al beschikt over een overeenkomstige erkenning die werd uitgereikt door een instantie van een andere Gemeenschap, een andere lidstaat van de Europese Unie of een andere kandidaat-lidstaat die een associatieverdrag met de Europese Unie heeft gesloten, kan die erkenning voor het vestigen van de dienst in Duitstalig gebied in overeenstemming met artikel 43 en volgende van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap door de minister op verzoek gelijkwaardig worden verklaard met een erkenning die is uitgereikt in overeenstemming met het decreet.

Dienstverleners uit een andere lidstaat van de Europese Unie of uit een kandidaat-lidstaat die met de Europese Unie een associatieverdrag heeft afgesloten, kunnen deze dienstverlening in overeenstemming met artikel 39, lid 3 en artikel 46 van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap leveren in Duitstalig gebied, voor zover de dienstverlener in zijn land van herkomst beschikt over een erkenning of toelating voor de regelmatige begeleiding of de regelmatige opvang van jongeren in het kader van de jeugdbijstand of de jeugdbescherming.

Personen die krachtens de artikelen 34, 35 en 41 van dit besluit een beroepskwalificatie moeten bewijzen en die gestudeerd hebben in een andere lidstaat van de Europese Unie of in een kandidaat-lidstaat die een associatieverdrag met de Europese Unie heeft gesloten, vragen aan de bevoegde dienst conform de Richtlijn 2005/36/EG van het Europese Parlement en van de Raad van 7 september 2005 betreffende de erkenning van beroepskwalificaties de erkenning van de in het buitenland gevolgde beroepsopleiding.

Als deze personen werkzaam zijn bij een organisatie die in § 3 vermeld is en die gevestigd is in een andere lidstaat van de Europese Unie of van een kandidaat-lidstaat die een associatieverdrag met de Europese Unie heeft gesloten, gelden de in artikelen 34, 35 en 41 van voorliggend decreet vastgelegde kwalificatievoorwaarden conform artikel 5 van de Richtlijn 2005/36/EG van het Europese Parlement en van de Raad van 7 september 2005 betreffende de erkenning van beroepskwalificaties als zijnde vervuld.

#### **Art. 31.** Erkenningsprocedure.

Het verzoek om erkenning moet bij de Minister worden ingediend en moet de volgende informatie of documenten bevatten :

1. de identiteit van de aanvrager;
2. de statuten van de vereniging of de vennootschap, indien het om rechtspersonen gaat die geen overheidsdienst zijn;
3. de capaciteit voor het begeleiden van jongeren;
4. een bewijs dat het plan beantwoordt aan een daadwerkelijke behoefte en dat het binnen het globale aanbod in de jeugdbijstand past;
5. een pedagogisch concept, de beschrijving van de doelstelling, de methodologie, de structuur van de organisatie, de methodologie van de samenwerking met andere instellingen of diensten evenals een concept voor kwaliteitszorg en kwaliteitsbeheer;
6. de beschrijving van de functie(s) en kwalificatie(s) van het personeel;
7. voor de personen die in artikel 29 van het decreet vermeld zijn, het bewijs van de erkenning binnen hun respectieve bevoegdheid.

De Minister neemt een beslissing binnen de drie maand na de ontvangst van de aanvraag. Na afloop van deze termijn geldt de erkenning als toegekend. Het besluit wordt onverwijld aan de aanvrager meegedeeld.

De verlenging van de erkenning moet uiterlijk drie maand voor het einde van de bestaande geldigheidstermijn conform § 1 worden aangevraagd. De aanvraag om verlenging van de erkenning moet aan de minister worden gericht en ze bevat de documenten die in § 1 vermeld zijn, indien zich sinds de datum van de erkenning wijzigingen hebben voorgedaan.

#### **Art. 32.** Opschorting en intrekking van de erkenning.

Indien een rechtspersoon of een natuurlijke persoon de normen en voorwaarden die aan de basis van de erkenning lagen, niet meer vervult, kan de minister aan deze rechtspersoon of aan deze natuurlijke persoon een termijn opleggen waarbinnen zij deze voorwaarden moet naleven en haar ertoe oproepen ter zake bewijs of bijkomende inlichtingen te verstrekken.

Indien de Minister zich ertoe genoodzaakt ziet de erkenning op te schorten of in te trekken, deelt hij zijn intentie aan de betrokken persoon mee. Deze laatste beschikt over een termijn van een maand, te tellen vanaf de ontvangst van de mededeling, om zijn standpunt aan de minister mee te delen.

De Minister neemt binnen een termijn van een maand na ontvangst van het standpunt van de betrokken persoon of na afloop van de in het vorige lid vermelde termijn een beslissing over de opschorting of de intrekking van de erkenning. Het besluit wordt onverwijld aan de betrokkene meegedeeld.

Bij opschorting van de erkenning zal de betrokken persoon geen nieuwe opdrachten meer ontvangen. Bij intrekking van de erkenning moet de dienstverlening onverwijld stopgezet worden.

#### **Art. 33.** Overeenkomst.

De artikelen 29 tot 32 worden ook toegepast bij het afsluiten van een overeenkomst conform artikel 22, § 2, van het decreet, waarbij in de plaats van de aanvraag om erkenning het ontwerp van de overeenkomst en de in artikel 29 vermelde documenten en informatie bij de minister worden ingediend. De intrekking van de erkenning komt overeen met een opzegging van de overeenkomst, die in overeenstemming met de in de overeenkomst vastgelegde bepalingen kan gebeuren.

*Afdeling 2. — Specifieke bepalingen inzake erkenning voor ambulante begeleiding***Art. 34.** Begeleidend personeel.

De personen die met de ambulante begeleiding belast zijn, moeten over een diploma van opvoeder A2 of over een diploma van bachelor of master van een pedagogische, sociale of medische studierichting beschikken of - in uitzonderlijke gevallen - in een van deze opleidingen zitten.

Uitgaand van een 38-urenweek mag een persoon die in lid 1 vermeld staat en voltijds werkt, niet meer dan 20 gevallen begeleiden in het kader van de ambulante begeleiding. Hierbij zijn meerdere jongeren die in een en hetzelfde gezin wonen, als één jongere te beschouwen.

*Afdeling 3. — Specifieke bepalingen inzake erkenning voor intensieve individuele begeleiding van sociaalpedagogische of therapeutische aard***Art. 35.** Begeleidend personeel.

De personen die met intensieve socio-pedagogische of therapeutische individuele begeleiding belast zijn, moeten over een diploma van bachelor of master van een pedagogische, sociale of medische studierichting beschikken of - in uitzonderlijke gevallen - in een van deze opleidingen zitten.

In het kader van een individuele begeleiding van sociaalpedagogische of therapeutische aard mogen er uitgaand van een 38-urenweek hoogstens drie jongeren begeleid worden per voltijdse werknemer.

**Art. 36.** Begeleidingsvorm.

Een individuele begeleiding van sociaalpedagogische of therapeutische aard kan ambulant of klinisch gebeuren. Bij een ambulante begeleiding moeten er wekelijks minstens drie contacten met de betrokken jongere gegarandeerd worden.

*Afdeling 4. — Specifieke bepalingen inzake erkenning voor plaatsing***Art. 37.** Geschiktheid als pleeggezin.

Om als pleegouder te kunnen optreden, moeten de kandidaten minstens aan de volgende criteria beantwoorden :

1. ertoe bereid zijn om met het oorspronkelijke gezin samen te werken rekening houdend met de verplichtingen en voorwaarden die de opdrachtgever formuleert;
2. zich kunnen distantiëren van de rol van de natuurlijke ouders;
3. bij koppels moeten beide partners akkoord gaan met het pleegouderschap;
4. over een woonruimte beschikken die met het oog op de opname van het pleegkind voldoende groot en aangepast is zonder dat de leefruimte voor de andere gezinsleden te sterk wordt ingeperkt;
5. ertoe bereid zijn om constructief samen te werken met de dienst voor pleeggezinnen;
6. over een hoeveelheid vrije tijd beschikken die beantwoorden aan de noden van het kind, in het bijzonder als de pleegouder tegelijkertijd werkzaam is;
7. over een aantoonbaar vlekkeloze moraliteit beschikken;
8. de leden van het pleeggezin mogen niet lijden aan een verslaving of aan besmettelijke aandoeningen die het welzijn van het kind ernstig in het gevaar brengen. De pleegouders mogen niet aan levensbedreigende aandoeningen lijden;
9. het levensonderhoud van de leden van het huishouden moet gegarandeerd zijn;
10. de hygiënische voorwaarden voor de opvang van het kind moeten vervuld zijn.

**Art. 38.** Opdrachten van een pleeggezin.

De personen die een opdracht als pleegouder opnemen, zijn volgens de richtlijnen van de dienst verantwoordelijk voor het opvoeden en begeleiden van het pleegkind. Ze dragen zorg ervoor dat het pleegkind zijn schoolopleiding, zijn opleiding als leerjongen of het afgesproken project afmaakt. Ze dragen zorg ervoor dat de bestaande relaties van het pleegkind met zijn verwanten en andere vaste contactpersonen behouden blijven, tenzij deze onderworpen zijn aan een door de opdrachtgever vastgelegde beperking. De contacten tussen de natuurlijke ouders en het pleeggezin vinden in overeenstemming met de richtlijnen van de opdrachtgever plaats via professionele begeleiding door de medewerkers van de dienst voor pleeggezinnen.

**Art. 39.** Verplichtingen van het pleeggezin.

Het pleeggezin verplicht zich ertoe :

1. de religieuze of levensbeschouwelijke opvatting van het pleegkind die bepaald werd door diens oorspronkelijke gezin, te respecteren, tenzij deze aan een beperking door de opdrachtgever is onderworpen;
2. vertrouwelijke informatie over de ontwikkeling en de gezinssituatie van het pleegkind onverminderd zijn verplichting om informatie te verstrekken, niet aan buitenstaanders te verstrekken, ook niet na de beëindiging van het begeleidingstraject;
3. een verzekering burgerlijke aansprakelijkheid af te sluiten om de schade te dekken die het pleegkind eventueel zou veroorzaken;
4. regelmatig aan gespreksgroepen, georganiseerde bijscholingen en andere offertes van de dienst voor pleeggezinnen deel te nemen;
5. aan de medewerkers van de dienst voor pleeggezinnen na aankondiging toegang te verlenen tot hun vertrekken en de voorwaarden ervoor te creëren dat de medewerkers van de dienst voor pleeggezinnen te allen tijde contact kunnen opnemen met het pleegkind.

**Art. 40.** Maximaal aantal pleegkinderen.

Er mogen niet meer dan drie pleegkinderen in een pleeggezin worden opgevangen. Indien de pleegkinderen elkaars broers en zussen zijn, mogen er hoogstens vijf pleegkinderen in een pleeggezin worden opgevangen.



*Afdeling 5. — Specifieke voorwaarden voor de erkenning voor klinische begeleiding***Art. 41.** Specifieke voorwaarden voor de erkenning.

Een instelling voor klinische begeleiding moet aan de volgende voorwaarden beantwoorden :

1. De inrichtende macht van de instelling moet de vorm van een rechtspersoon hebben.
2. De leiding van de inrichting moet verzekerd worden door een persoon met een diploma van bachelor of master van een pedagogische of sociale studierichting.
3. Minstens 60 % van het personeel beschikt over een diploma van bachelor of master van een pedagogische of sociale studierichting.
4. De inrichting moet gestructureerd zijn in de vorm van wooneenheden met een capaciteit van telkens minstens twee jongeren.
5. De inrichting mag in binnen- en buitenland uitsluitend jongeren begeleiden in het kader van het decreet of in het kader van een andere wetgeving inzake jeugdbijstand of inzake jeugdbescherming. Andere opnames kunnen door de minister toegestaan worden mits een gemotiveerde aanvraag.
6. Elke klinische opname of beëindiging van een opname in een instelling moet de afdeling binnen de vijf werkdagen worden meegedeeld.

HOOFDSTUK VIII. — *Financiële bepalingen**Afdeling 1. — Ambulante begeleiding***Art. 42.** Overeenkomst.

Het bedrag en de modaliteiten van de subsidiëring van de dienstverlening van een persoon die de ambulante begeleiding aanbiedt, worden onverminderd de lagervermelde bepalingen in een overeenkomst geregeld.

**Art. 43.** Kosten van levensonderhoud.

Rechtspersonen en natuurlijke personen die zelfstandig wonende jongeren begeleiden in het kader van onderhavig decreet, ontvangen een forfaitair bedrag van 15,72 euro per dag om de kosten van het dagelijkse levensonderhoud van de begeleide jongere te dekken. Dit bedrag is gekoppeld aan de ontwikkeling van de index van de lonen van de ambtenaren van de Duitstalige Gemeenschap. Als spilindex geldt 138,01.

Dit forfait wordt niet toegekend als de hulpverlening bij het bereiken van de meerderjarige leeftijd in overeenstemming met artikel 21 van het decreet wordt voortgezet.

Het forfait voor de vorige maand wordt bij het begin van elke maand uitbetaald aan de organisatie of inrichting die de jongere begeleidt. De organisatie of inrichting beheert het forfait samen met de jongere die begeleid wordt.

**Art. 44.** Culturele, sportieve en schoolse activiteiten.

Gezinnen waarvan één of meerdere gezinsleden in het kader van een maatregel voor jeugdbijstand ambulant worden begeleid, kunnen voor uitgaven voor cultuur, sport en schoolse activiteiten een financiële steun van jaarlijks maximaal 500 euro per jongere ontvangen, voor zover bij het bevoegde O.C.M.W. een overeenkomstige aanvraag om sociale bijstand werd ingediend en voor zover deze is geweigerd. Indien het O.C.M.W. sociale bijstand verleent, moet dit bedrag in mindering gebracht van de mogelijke steun van het ministerie. De aanvraag wordt bij de bevoegde afdeling ingediend via de inrichting of de organisatie die met de ambulante begeleiding is belast, en de steun wordt via de begeleidende organisatie uitbetaald. Bij de aanvraag moet het antwoord van het bevoegde O.C.M.W. op de bij die dienst ingediende aanvraag worden gevoegd. De minister beslist na een advies van de dienst voor jeugdbijstand respectievelijk van de dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand.

*Afdeling 2. — Klinische begeleiding***Art. 45.** Overeenkomst.

Onverminderd onderstaande bepalingen over de bijzondere onkosten worden de bedragen en de modaliteiten van de subsidiëring van de dienstverlening van een rechtspersoon voor klinische begeleiding, in een overeenkomst vastgelegd.

**Art. 46.** Bijzondere onkosten.

§ 1. Onder volgende voorwaarden kunnen aan inrichtingen die jongeren klinisch begeleiden, bijzondere onkosten worden vergoed die voor de ondergebrachte jongeren zijn gemaakt :

## 1. Uitgaven voor gezondheidszorg.

Onder "uitgaven voor gezondheidszorg" worden de kosten voor ziekenhuisverblijven van de ondergebrachte jongeren en kosten voor alle behandelingen door huisartsen, kinderartsen en andere specialisten of door paramedici verstaan. Deze laatste moeten door een huisarts of een kinderarts zijn voorgeschreven.

Met het oog op de terugbetaling van de kosten voor tandverzorging dient de aanvrager het bewijs voor het jaarlijkse preventieve tandonderzoek te leveren.

Het ministerie betaalt alle resterende kosten voor geneesmiddelen die door een arts zijn voorgeschreven, terug.

## 2. Andere onkosten :

- a. kosten voor het dekken van de uitgaven van een ondergebrachte jongere voor een studie die het niveau van het secundair onderwijs overstijgt, voor zover deze door de minister op voorhand zijn goedgekeurd;
- b. kosten voor bijlessen die de jongere in een schoolcontext nodig heeft;
- c. kosten voor de therapie van de jongere die is opgenomen;
- d. kosten voor behandelingen in het kader van de alternatieve geneeskunde.

De onkosten die onder punt 1 en punt 2 vermeld zijn, worden per kwartaal terugbetaald na indiening van de overeenkomstige betalingsbewijzen die eventueel samen met de respectieve afrekeningen van het ziekenfonds bij de betrokken afdeling worden ingediend.

Voor de terugbetaling van de franchise worden de bepalingen van het RIZIV toegepast. Bij ziekenhuisopnames gelden de prijzen voor een opname in een meerpersoonskamer.

§ 2. Onder buitengewone omstandigheden kan de minister op basis van een gemotiveerd verzoek de terugbetaling van bijzondere uitgaven die niet in § 1 vermeld zijn, toestaan.

*Afdeling 3. — Plaatsing***Art. 47.** Pleeggeld.

Personen die als pleegouder optreden, ontvangen per geplaatste jongere een dagforfait ter dekking van de kosten voor levensonderhoud met inbegrip van inrichtingskosten, kosten voor school en vrije tijd evenals reiskosten. Deze vergoeding wordt "pleeggeld" genoemd.

Het pleeggeld bedraagt 14,22 euro voor pleeggezinnen die één of twee pleegkinderen hebben. Het pleeggeld bedraagt 15,72 euro voor pleeggezinnen die gelijktijdig drie of meer pleegkinderen hebben.

De bedragen van het pleeggeld zijn gekoppeld aan de indexering van de lonen van de ambtenaren van de Duitstalige Gemeenschap. Als spilindex voor de bovenvermelde bedragen geldt bij inwerkingtreding van onderhavig decreet 138,01 %.

Het pleeggeld wordt maandelijks uitbetaald. Hierbij wordt het bedrag van het kindergeld dat het pleeggezin voor de jongere uitbetaald krijgt, in mindering gebracht, met uitzondering van de toeslagen voor kinderen met een handicap, invalide werknemers, werklozen en gepensioneerden.

**Art. 48.** Bijzondere onkosten.

Artikel 46 over de bijzondere onkosten is ook van toepassing op de plaatsing.

*Afdeling 4. — Samenwerkingsvormen***Art. 49.** Vereffenen van kosten.

Onverminderd andersluidende samenwerkingsverdragen binnen België of internationaal en de administratieve samenwerking met een andere overheid draagt het ministerie de kosten voor de onderbrenging of begeleiding die in overeenstemming met artikel 18, 2e lid van het decreet teweeg zijn gebracht.

*Afdeling 5. — Eigen bijdrage van personen die belast zijn met de opvoeding***Art. 50.** Berekening van de eigen bijdrage.

In geval van een klinische onderbrenging of een onderbrenging in een pleeggezin zijn de onderhoudsplichtigen ertoe verplicht in overeenstemming met de volgende regeling een eigen bijdrage tot de kosten voor de onderbrenging te betalen :

De eigen bijdrage van de onderhoudsplichtige wordt door de opdrachtgever bepaald met het netto inkomen en het aantal kinderen ten laste en wel aan de hand van de tabel die als bijlage bij onderhavig decreet is gevoegd. Indien de onderhoudsplichtigen een gemeenschappelijk huishouden vormen, wordt bij het bepalen van de eigen bijdrage rekening gehouden met het volledige netto inkomen van de onderhoudsplichtigen. Elke onderhoudsplichtige is solidair verantwoordelijk voor het betalen van de eigen bijdrage.

Indien de onderhoudsplichtigen in afzonderlijke huishoudens leven, wordt met het netto inkomen van elk van deze persoon afzonderlijk rekening gehouden. Er is geen sprake van een solidaire verantwoordelijkheid voor het betalen van de eigen bijdrage van de andere onderhoudsplichtige.

De onderhoudsplichtige is ertoe verplicht aan de dienst voor jeugdbijstand resp. aan de dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand alle inlichtingen over te maken die noodzakelijk zijn om de eigen bijdrage te bepalen. Als die inlichtingen geweigerd worden, kan de opdrachtgever het maximumbedrag kiezen. De onderhoudsplichtige schrijft zijn eigen bijdrage maandelijks over naar de rekening die haar door de betrokken afdeling is meegedeeld. De onderhoudsplichtige is ertoe verplicht aan de bevoegde dienst elke verandering van het inkomen van het huishouden en van de gezinssamenstelling mee te delen zodat de eigen bijdrage eventueel kan worden aangepast. De opdrachtgever deelt zijn beslissing over het bedrag van de eigen bijdrage mee aan de betrokken afdeling.

**Art. 51.** Uitzonderingen.

Afwijkend van artikel 50 kan een lagere eigen bijdrage worden bepaald indien :

1. de onderhoudsplichtige een leefloon ontvangt;
2. de onderhoudsplichtige uitsluitend een werkloosheidsvergoeding of een vergoeding op basis van ziekte ontvangt;
3. er meerdere kinderen van een gezin geplaatst zijn;
4. de onderhoudsplichtige aantoonbaar en regelmatig op langere termijn schulden afbetaalt die aanzienlijk zijn in verhouding tot zijn inkomen;
5. de financiële problemen van de onderhoudsplichtige gerechtvaardigd zijn door andere sociale omstandigheden.

De eigen bijdrage bedraagt per onderhoudsplichtige minimaal € 10 per maand.

Als een onderhoudsplichtige al voor de plaatsing op basis van een vonnis of in wederzijds overleg ertoe verplicht was om voor de jongere alimentatie te betalen, komt de eigen bijdrage overeen met het bedrag van die alimentatie.

Indien een gezin waarvan een jongere klinisch behandeld wordt, kindergeld uit het buitenland ontvangt, wordt twee derde van het bedrag van het kindergeld door het ministerie ingehouden en wel onafhankelijk van het bedrag van de eigen bijdrage voor deze jongere.

**Art. 52.** Verlenging van de maatregel.

Bij verlenging van de klinische begeleiding na het bereiken van de meerderjarige leeftijd moet de eigen bijdrage worden doorbetaald.

**Art. 53.** Invordering bij niet-betaling.

De dienst Registratie van het ministerie van Financiën kan door het ministerie belast worden met het invorderen van de eigen bijdrage. Die bijdragen kunnen vanaf de datum van de respectieve overeenkomst, het respectieve besluit of het respectieve vonnis ingevorderd worden met terugwerkende kracht voor een periode van 24 maand.

HOOFDSTUK IX. — *Beroepsgeheim en gegevensbescherming***Art. 54.** Inzagerecht.

Met het oog op het waarnemen van het inzagerecht dat in artikel 31 van het decreet vermeld is, dient de betrokkene bij de dienstverantwoordelijke een schriftelijke aanvraag in. Advocaten zijn verplicht de gegevens van de personen van wie ze de belangen behartigen, mee te delen.

Indien de aanvraag wordt goedgekeurd, worden de plaats waar en het tijdstip waarop inzage in het dossier zal worden gegeven, binnen veertien dagen na ontvangst van de aanvraag meegedeeld. Indien de aanvraag wordt afgewezen, deelt de dienstverantwoordelijke aan de aanvrager binnen dezelfde termijn de redenen voor de afwijzing mee. De aanvrager kan binnen een termijn van dertig dagen na de verzending van de afwijzing bezwaar tegen deze afwijzing aantekenen bij de overste van de dienstverantwoordelijke. De overste kan de beslissing van de dienstverantwoordelijke wijzigen en inzagerecht verlenen.

De dienstverantwoordelijke verleent aan de aanvrager bij de inzage in het dossier de vereiste informatie.

HOOFDSTUK X. — *Klachten***Art. 55.** Rechtspersonen en natuurlijke personen.

De klachtencommissie die in artikel 34, eerste lid van het decreet is vermeld, bestaat uit een vertegenwoordiger van de Regering, de betrokken afdeling en een onafhankelijke expert. De leden worden door de minister benoemd.

De leden van de klachtencommissie hebben recht op een presentiegeld en op vergoeding van hun reiskosten in overeenstemming met de regeling die in de Duitstalige Gemeenschap geldt voor adviserende instanties.

**Art. 56.** Diensten van het ministerie.

Elke persoon die een klacht heeft over de werkwijze van de diensten die in artikel 34, derde lid van het decreet vermeld staan, richt zich schriftelijk tot de overste van de persoon op wie de klacht betrekking heeft.

De persoon die klacht heeft ingediend, en de persoon op wie de klacht betrekking heeft, hebben allebei het recht om door de overste aangehoord te worden over de feiten. Alle klachten en het gevolg dat eraan wordt gegeven, worden opgenomen in een register dat hiervoor specifiek wordt opgericht.

HOOFDSTUK XI. — *Slotbepalingen***Art. 57.** Opheffingsbesluit.

Zijn opgeheven :

1. het besluit van de Regering van 20 december 1995 ter erkenning en subsidiëring van personen en instellingen voor begeleiding en opvang van jongeren
2. het besluit van de Regering van 2 juli 1998 houdende regeling van het presentiegeld en van de reiskosten voor de leden, de leden van directiecomités, de voorzitters van comités, de voorzitters van werkgroepen en experts van de raad voor jeugdbijstand;
3. het besluit van de Regering van 9 januari 1998 over de erkenning, de vastlegging van het pleeggeld en de bijzondere toelagen voor natuurlijke personen in verband met de begeleiding van geplaatste jongeren
4. het besluit van de Regering van 2 maart 2001 over de erkenning en subsidiëring van rechtspersonen die jongeren stationair of klinisch begeleiden
5. het besluit van de Regering van 20 juni 2002 ter aanduiding van het diensthoofd van de dienst voor jeugdbijstand en van de dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand
6. het besluit van de Regering van 23 augustus 2001 tot vastlegging van de zetel en tot benoeming van de leden en van het directiecomité van de raad voor jeugdbijstand, gewijzigd door de besluiten van 19 mei 2003 en 26 april 2005
7. het besluit van de Regering van 10 april 2003 over het aandeel van onderhoudsplichtigen in de kosten die betrekking hebben op plaatsingsmaatregelen in het kader van het decreet op de jeugdbijstand.

**Art. 58.** Uitvoeringsbesluit.

De voor sociale zaken bevoegde Minister wordt met de uitvoering van dit besluit belast.

Eupen, 14 mei 2009.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-president,  
Minister voor Lokale Besturen,  
K.-H. LAMBERTZ

De Viceminister-President,  
Minister van Vorming en Tewerkstelling, Sociale Zaken en Toerisme,  
B. GENTGES

## Bijlage I

“Bijlage bij het besluit van de Regering d.d. 14 mei 2009  
inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming”

Eigen bijdrage per maand in €	Netto inkomen van de onderhoudsplichtige in €			
	geen kind *	met 1 kind *	met 2 kinderen *	met 3 of meer kinderen *
	van/tot	van/tot	van/tot	van/tot
10	tot 700	tot 900	tot 950	tot 1.000
20	701-750	901-950	951-1.000	1.001-1.050
30	751-800	951-1.000	1.001-1.050	1.051-1.100
40	801-850	1.001-1.050	1.051-1.100	1.101-1.150
50	851-900	1.051-1.100	1.101-1.150	1.151-1.200
60	901-950	1.101-1.150	1.151-1.200	1.201-1.250
70	951-1.000	1.151-1.200	1.201-1.250	1.251-1.300
80	1.001-1.050	1.201-1.250	1.251-1.300	1.301-1.350
90	1.051-1.100	1.251-1.300	1.301-1.350	1.351-1.400
100	1.101-1.150	1.301-1.350	1.351-1.400	1.401-1.450
110	1.151-1.200	1.351-1.400	1.401-1.450	1.451-1.500
120	1.201-1.250	1.401-1.450	1.451-1.500	1.501-1.550
130	1.251-1.300	1.451-1.500	1.501-1.550	1.551-1.600
140	1.301-1.350	1.501-1.550	1.551-1.600	1.601-1.650
150	1.351-1.400	1.551-1.600	1.601-1.650	1.651-1.700
160	1.401-1.450	1.601-1.650	1.651-1.700	1.701-1.750
170	1.451-1.500	1.651-1.700	1.701-1.750	1.751-1.800
180	1.501-1.550	1.701-1.750	1.751-1.800	1.801-1.850
190	1.551-1.600	1.751-1.800	1.801-1.850	1.851-1.900
200	1.601-1.700	1.801-1.850	1.851-1.900	1.901-2.000
225	1.701-1.800	1.851-2.000	1.901-2.100	2.001-2.150
250	1.801-1.900	2.001-2.200	2.101-2.300	2.151-2.400
300	meer dan 1.900	meer dan 2.200	meer dan 2.300	meer dan 2.400

(\*) Een geplaatste jongere wordt niet als persoon ten laste beschouwd resp. geplaatste jongeren worden niet als persoon ten laste beschouwd. Het bedrag heeft dus betrekking op het aantal kinderen respectievelijk jongeren die ten laste zijn van en verblijven in het huishouden van de onderhoudsplichtige.”

Gezien om bij het besluit d.d. 14 mei 2009 betreffende de jeugdbijstand en jeugdbescherming gevoegd te worden.

De Minister-President,  
Minister voor Lokale Besturen,

K.-H. LAMBERTZ

De Viceminister-President,  
Minister van Vorming en Tewerkstelling, Sociale Zaken en Toerisme,

B. GENTGES